

## Koordinierte Massen- abschiebungen geplant

PARIS. Frankreichs Law & Order-Minister Nicolas Sarkozy wirbt derzeit für das Konzept der „Selektiven Einwanderung“, mit Einwanderungsquoten für Hochqualifizierte bei gleichzeitiger drastischer Einschränkung beim Familiennachzug der anderen Immigranten sowie beim Asylrecht. (Siehe Artikel S. 7) Beim Gipfel der Innenminister der sogenannten G5-Staaten (das sind die Länder, die einen „harten Kern“ der EU bei der Zusammenarbeit in repressiven Dingen bilden wollen: Frankreich, Deutschland, Britannien, Italien, Spanien) in Evian am 5. Juli 2005 konnte Sarkozy seine Amtskollegen für die Idee gemeinsamer Kollektivabschiebungen größerer Gruppen von unerwünschten Migranten aus diesen Ländern gewinnen. Dabei ist etwa an die Einrichtung von Sonderflügen gedacht, um die Abschiebungen wirtschaftlich zu rentabilisieren. Am gleichen Ort warb Sarkozy für seine Idee, die Herkunftsländer für einen „Deal“ zu gewinnen: Wenn deren Regierungen möchten, dass ihre Hochqualifizierten in Frankreich oder Europa arbeiten dürfen – in der Hoffnung, dass diese Gelder nach Hause an ihre Familien überweisen und so die Nationalökonomien am Laufen halten –, dann sollen sie gefälligst ihre Hungerleider bereitwillig zurücknehmen.

„Bisher kann nie mehr als ein Drittel der angeordneten Abschiebungen wirklich durchgeführt werden“, bemängelte Sarkozy, „weil die Konsulate ihrer Herkunftsländer Schwierigkeiten bei der Rücknahme“ der Unerwünschten bereiteten. Das will der Minister jetzt geändert wissen: Nur jene Länder sollen bei der Vergabe von Visa an ihre BürgerInnen (oder Untertanen) „großzügig“ behandelt werden, deren Konsulate bereitwillig „Passierscheine“ für Abschüblinge aus Frankreich ausstellen. Denn ohne ein solches diplomatisches Dokument, das den (unfreiwilligen) Grenzübergang erlaubt, können Abschiebekandidaten nicht außer Frankreichs geschafft werden. Von vornherein mit bedacht ist dabei, dass ein gewisser Anteil der Letztgenannten „illegal“ in den Metropolstaaten bleiben wird: Sie bilden das weitgehend entrechtete, und durch den gewachsenen polizeilichen Druck gefügig gemachte, Subproletariat für die am geringsten geachteten Tätigkeiten.

BhS, Paris ■

### Inhalt:

Frankreich: Regierung  
umwirbt rechte Wähler ..... 7



## NPD-Wahlkampfauftakt:

# „Rock für Deutschland“ an Stelle des „Deutsche Stimme“ Pressefestes

Am Samstag, 9. Juli demonstrieren mehrere hundert AntifaschistInnen gegen ein Konzert der NPD mitten in der Geraer Innenstadt. Unter dem Titel „Rock für Deutschland“ wollten Nazis an vergangene Konzerte wie das „Rock gegen Krieg“, aber auch das „Fest der Völker“ im vergangenen Juni anknüpfen.

Dagegen formierte sich zeitig Protest. Einerseits rief die Zivilgesellschaft – verschiedene Parteien von PDS bis CDU, Gewerkschaften, Gewerbetreibende und ortsansässige Vereine –, die einen „runden Tisch“ gegen rechts bildeten, zu einem Bürgerfest in der Geraer Innenstadt auf. Andererseits mobilisierten die Antifaschistische Aktion Gera (AAG), der Antifaschistische Aufstand Köpenick (AAK) und weitere linke Gruppen aus dem Bundesgebiet zu einer Demonstration unter dem Motto „Der Provinz einheizen. Drittes NPD-Openair verhindern - Standortnationalismus angreifen“.

An der Antifademonstration, die sich mittags in Bewegung setzte, nahmen

mehrere hundert Personen teil. Schätzungen der Polizei belaufen sich auf 250 bis 300 TeilnehmerInnen, Anwesende sprechen von 350 bis 400 DemonstrantInnen. Die Demonstration verlief lautstark durch die Innenstadt. Es kam dabei zu keinen nennenswerten Zwischenfällen, abgesehen von einzelnen Nazis, welche die Route der Demonstration hin und wieder kreuzten, und aberwitzigen Auflagen, die bewirkten, dass Antifas, die mit Basecap und Sonnenbrille ausgestattet waren, mit Festnahme gedroht wurde.

Auf etwa der Hälfte der vorgesehenen Route wurde die Demonstration nach einer Zwischenkundgebung in Höhe des parallel stattfindenden „Bürgerfests“ seitens der VeranstalterInnen aufgelöst. Der „Park der Jugend“, in dem die NPD-Veranstaltung stattfand, befand sich an diesem Punkt in Sichtweite. Aufgrund massiver Polizeipräsenz – es waren mehrere Hundertschaften von Polizei und BGS vor allem aus Thüringen und Sachsen im Einsatz – gelang den Demonstrierenden allerdings kein Durchbruch.

Fortsetzung Seite 3

### Umbenennung gefordert

REMSCHIED. Das Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium in Remscheid hat beim Rat der Stadt seine Umbenennung beantragt. Die Schule argumentiert, sie sei es leid, sich immer wieder für einen Namenspatron rechtfertigen zu müssen, der von den Nazis als Vorkämpfer für ihr Regime betrachtet wurde. Einige ehemalige Schüler des Gymnasiums und Mitglieder des Schulfördervereins möchten jedoch, das die Schule auch weiterhin nach Arndt benannt bleibt. Da scheinen sich die Kritiker der Umbenennung nie ernsthaft mit der völkischen Gesinnung Ernst-Moritz Arnnds (1769-1860) auseinandergesetzt zu haben. Immer wieder bezog sich Arndt in seinen Schriften auf das Germanentum, wenn er vom „deutschen“ Geist und „deutscher“ Einheit sprach. Jesuiten und Freimaurer („Abgötterei mit dem Ausländischen“), denen eine Verschwörung unterstellt wurde, und Juden („Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein“) hatte in Arnnds Deutschland keinen Platz. Damit war er durchaus kompatibel mit den späteren Nazis, die seine nationalistischen Schriften nach 1933 wieder neu auflegten.

hma ■

### SDV-Schiffahrt

BODENSEEKREIS. Der 1981 im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des rassistischen „Heidelberger Manifest“ gegründete „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SDV) lädt für den 13. August „Gleichgesinnte“ zu einer Schiffahrt auf dem Bodensee ein. Mit dem Schiff soll es von Überlingen ins österreichische Bregenz gehen und dort mit dem Lift auf den Pfänder. Geworben wird für den SDV in einschlägig rechten Publikationen wie „Nation und Europa“, der „Deutsche Stimme“ der NPD, „Junge Freiheit“, „Recht und Wahrheit“ und „Der Schlesier“.

hma ■

### Demokratiegegner auf Rundreise

GREVENBROICH/BERLIN. Als „liberaler Geschichtsrevisionismus“ wird die in Grevenbroich verlegte Zeitschrift „eigentlich frei“ (ef) in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ gefeiert. Auch die Äußerung des „ef“-Herausgebers Andre Lichtschlag über die „oft groteske Verteufelung“ der NPD wird dort mit Sympathie aufgenommen. Lichtschlag war – neben Dietmar Dominik Hennig, dem Pressesprecher der FDP Würzburg-Land – unlängst Teilnehmer eines Seminars an der Gummersbacher „Theodor-Heuss-Akademie“, das die FDP-nahe „Friedrich-Naumann-Stiftung“ ausgerichtet hatte. Außer

dem FAZ-Feuilletonisten Lorenz Jäger („Nach 1968: Ist Deutschland unwiderlich links?“) referierte dort auch Prof. Dr. Hans-Hermann Hoppe. Der 1949 in Peine geborene Hoppe wanderte 1986 in die USA aus, wo er heute an einer Universität in Las Vegas unterrichtet. Der Autor des Buches „Demokratie – Der Gott, der keiner ist“ wird als „Vordenker“ der „konservativ-libertären Szene“ gehandelt. Auf seiner jüngsten Rundreise durch Europa sprach Hoppe nicht nur in Gummersbach, sondern auch in Brüssel, Graz, Berlin, Hannover, Grevenbroich und Greifswald. Dort war er Teilnehmer einer Diskussion im Haus der „Burschenschaft Markomania“, nachdem die Hochschule den Veranstaltungsort entzogen hatte. Hoppes Diskussionspartner dort war Götz Kubitschek vom dem um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“.

Auch der „Jungen Freiheit“ (JF) gab der bekennende „Feind des demokratischen Staates“ ein Interview. „Gute Demokraten“ seien für ihn nur „moderate“ Kommunisten“, so Hoppe gegenüber der „JF“ und von denen nicht eingeladen zu werden, betrachte er als „eine Ehre“. Demokratie habe für ihn nichts mit Freiheit zu tun, so Hoppe. „Demokratie“ sei „eine von Demagogen angereizte und unsicher gesteuerte Herrschaft des Mobs“. Das dieser „Mob“ selbst ihm Schwierigkeiten bereiten kann, hatte Hoppe in den USA bereits schon erlebt. Weil er „in seinem „Demokratie“-Buch die Diskriminierung von Kommunisten, Demokraten und bestimmten Lebensformen voraussagt“ („JF“ 25-05) und ein homosexueller Student sich diskriminiert fühlte, hatte es dort schon erste Auseinandersetzungen gegeben. In den USA werde man jedoch als „Sünder“ gegen die „Political Correctness“ zumindest nicht „mit strafrechtlichen Sanktionen bedroht“, wenn man sich „über besonders heikle Themen“ äußert, freut sich Hoppe. Um so mehr ist ihm der deutsche „Volksverhetzungsparagraf“ ein Dorn im Auge: „Wenn bestimmte Äußerungen verboten sind, stellt sich beinahe automatisch der Verdacht ein, daß an ihnen möglicherweise doch etwas dran ist“, äußert Hoppe gegenüber der „JF“. „Warum sollte man sonst zu so einer drastischen Maßnahme wie einem Sprachverbot greifen?“. Natürlich lehnt Hoppe auch die Errungenschaften der Französischen Revolution ab. Ihr Bild müsse „noch grundlegend berichtigt werden“, denn sie gehöre „in dieselbe Kategorie von üblen Revolutionen wie die bolschewistische Revolution und die nationalsozialistische Revolution“.

Während der Sozialismus eine „kurzfristige Fehlentwicklung“ darstellte, sei der Staat – so Hoppe – eine „andere, lang-

fristiger“ Fehlentwicklung. Auch bei der bevorstehenden Bundestagswahl erwartet Hoppe keine „Wende“ in der Politik. Die „konservativen Parteien der Gegenwart hätten einen Großteil der sozialistischen Ideologie geschluckt“. Den „Sozialstaat“ sieht er „ebenso sicher zusammenbrechen, wie der Kommunismus zusammengebrochen ist“.

In Deutschland kam der demokratiefeindliche Nationalökonom, der noch Ende der 90er Jahre dem wissenschaftlichen Beirat der „Liberalen Akademie“ angehört hatte, bislang u.a. in den Zeitschriften „eigentlich frei“, „Criticon“ und „Sezession“ zu Wort. hma ■

### Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel untersagt

WUNSIEDEL. Der für den 20. August geplante Heß-Gedenkmarsch ist vom Landratsamt Wunsiedel verboten worden. Die Gedenkkundgebung für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß diene eindeutig dazu, die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zu verherrlichen, erklärte der Wunsiedler Landrat Peter Seißer. Dies geschehe in einer die Würde der Opfer des NS-Regimes verletzenden Art und Weise. Außerdem werde dadurch der öffentliche Friede gestört. Nach der Anfang April in Kraft getretenen Verschärfung des Versammlungsrechts stelle dies nun erstmals eine Straftat dar, so Seißer. Die Verbotanträge der Vorjahre seien mit der Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Kundgebung begründet worden. Er hoffe, dass die gesetzliche Neuregelung dazu führt, dass das Versammlungsverbot auch von den Gerichten bestätigt werde.

Das Verbot gilt laut Landratsamt sowohl für die vom Neonazi Jürgen Rieger angemeldete Versammlung als auch für jede Form von Ersatzveranstaltungen. Eine Bestätigung der Entscheidung des Landratsamts bei einer Anfechtung vor Gericht wäre eine tragfähige Grundlage für ein Verbot aller bis zum Jahr 2010 bereits im voraus angemeldeten Heß-Gedenkkundgebungen.

Aller Erfahrung nach ist aber keineswegs mit einem Verbot fest zu rechnen, deshalb läuft die bundesweite Mobilisierung nach Wunsiedel weiter. Es wird an diesem Tag neben der Demonstration eine Fülle weiterer Veranstaltungen und Aktionen geben sowie ein Konzert von „Extrabreit“ und vielen anderen. ■

Internetadressen, die über die Aktionen in Wunsiedel informieren:

[www.ns-verherrlichung-stoppen.tk](http://www.ns-verherrlichung-stoppen.tk)  
[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)  
[www.wunsiedel-ist-bunt.de](http://www.wunsiedel-ist-bunt.de)

Wunsiedels Jugendinitiative:  
[www.jugendini-wunsiedel.de](http://www.jugendini-wunsiedel.de)  
Tournée „Laut gegen Nazis“  
Start am 20.08.05 in Wunsiedel  
[www.dezibel-promo.de](http://www.dezibel-promo.de)

## NPD sorgt im Rechtsausschuss für Eklat

SACHSEN. Die NPD-Landtagsfraktion hat im Rechtsausschuss des Parlaments einen Eklat ausgelöst. Zu einer öffentlichen Anhörung über den Polizeieinsatz bei der Neonazi-Demonstration in Leipzig am 1. Mai lud sie den bundesweit bekannten Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger als „Experten“ ein. Der Großteil der Ausschussmitglieder und Innenminister Thomas de Maizière verließen daraufhin den Saal. Die PDS, die die Ausschusssitzung beantragt hatte, forderte, Rieger als Gutachter auszuschließen. Rieger ist Vorsitzender und ideologischer Kopf der rechts-extremistischen Gruppierung „Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“. Er ist wegen Körperverletzung verurteilt. Außerdem wurde gegen ihn wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole ermittelt. Als Rechtsanwalt vertrat er unter anderen die bekannten Rechtsextremisten Christian Worch, Michael Kühn und Horst Mahler. *Quelle: mdr.de, 4.7.05* ■

## NPD setzt in Sachsen auf Spitzenkandidat Apfel

SACHSEN. Am Sonnabend 25. Juni hat die sächsische NPD in Gröna bei Chemnitz ihre Landesliste für die Bundestagswahl beschlossen. Dabei wurden erstmals auch Nicht-NPDlern Listenplätze zur Verfügung gestellt.

So wurde hinter den NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Holger Apfel, auf Listenplatz zwei der parteilose Harald Neubauer mit einem Mandat der Deutschen Volksunion gesetzt. Der aus Bayern kommende Neubauer saß als Republikaner mehrere Jahre an der Seite des französischen Rechtspopulisten Jean Marie Le Pen im Europaparlament. Auf Platz drei rangiert mit Winfried Pätzold der erste Sachse auf der Landesliste. Nach der Entscheidung über die ersten drei der 20 Listenplätze wurde die Presse ohne Begründung vom Parteitag ausgeschlossen.

In Wahlkampfreden kam es zuvor zu verbalen Ausfällen insbesondere gegen die Bundesregierung. Apfel warf ihr eine „kulturelle, geistige und ethische Vergewaltigung des deutschen Volkes“ vor. NPD-Chef Voigt griff zudem das neue Linksbündnis aus WASG und PDS an und bestätigte frühere Aussagen seines Mitarbeiters, dass Leute „aus dem nationalen Lager“ in die WASG eingesickert seien. Voigt räumte ein, dass das Linksbündnis über die Thematisierung sozialer Fragen der NPD Protestwählerpotenzial entziehen könnte. Laut dem Bundeswahlkampfleiter der NPD, Peter Marx, wird DVU-Chef Gerhard Frey in Nordrhein-Westfalen auf Platz eins der Landesliste gegen Oskar Lafontaine antreten. NPD-Bewer-

*Fortsetzung von Seite 1*

Zeitgleich begann das „Bürgerfest“, bei dem nach Angaben der Polizei 350 Menschen „Gesicht gegen rechts“ zeigten. Wie weit es mit der zivilgesellschaftlichen Courage aussah, zeigte sich, als wiederholt kleine Gruppen von Nazis das Bürgerfest passierten. Augenscheinlich störte sich niemand an T-Shirt-Aufdrucken wie „White Power“, „Landser“ oder „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten“. Die Polizei, die im Vorfeld zusagte, rechte Provokationen zu unterbinden, schritt nicht ein. Überhaupt war es den Nazis möglich, sich frei im gesamten Stadtgebiet zu bewegen.

Das NPD-Openair konnte letztlich leider ohne weitere Störungen durchgeführt werden. Erwartet wurden 500 bis 1000 Nazis. Die Presse spricht im Nachhinein von rund 700 Nazis, die Polizei vor Ort jedoch von „deutlich unter 500 Nazis“. Dies deckt sich auch mit Schätzungen von AntifaschistInnen, die von etwa 400 Nazis ausgeht. Das Spektrum reichte von typischen „Dorfplatzen“ über vor allem jugendliche NPD-AnhängerInnen bis hin zu Fans von Rechtsrock- und NSBM-(NS-Black-Metal)Musik. Grund dafür ist, dass das Aufspielen von einschlägig bekannten Nazibands wie Kraftschlag, Eugenik, Legion of Thor und Radikahl angekündigt wurde.

Das „Rock für Deutschland“ galt zudem als Ersatzveranstaltung für das Pressefest der „Deutschen Stimme“, des publizistischen Organs der NPD. Zu einem solchen Pressefest reisten im vergangenen Jahr zwischen 6000 und 7000 Nazis

ber würden zudem versuchen, sich per Klage Zugang zu TV-Shows zu verschaffen. Marx sagte, Sachsen komme im Wahlkampf eine besondere Bedeutung bei. Hier sollen die Kader Uwe Leichsenring und Holger Apfel als Kandidaten aufgebaut werden. Motto: Ein Apfel für Sachsen.

Ob die Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten. Der „sächsische Apfel“ stammt tatsächlich aus Hildesheim in Niedersachsen. Mit vier Nein-Stimmen und drei Enthaltungen schnitt Apfel zudem auf den vorderen Listenplätzen am schlechtesten ab. *Quelle: Sächsische Zeitung, 27. Juni 2005* ■

## Demonstration in Arnstadt

THÜRINGEN. Am 23. Juli 2005 findet im thüringischen Arnstadt eine antifaschistische Demonstration gegen die massive Zunahme von rechtsextremem Gewalt und Nazistrukturen statt. Überfälle auf AntifaschistInnen, alternative Jugendliche und MigrantInnen sind keine Seltenheit mehr. Neben Rechtsrock-Konzerten mit über 300 TeilnehmerInnen verfügen Neo-Nazis über ein eigenes Kampfsport-Studio,

ins sächsische Mücka. Dieses Jahr muss das Pressefest jedoch aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl ausfallen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Damit besaß das „Rock für Deutschland“ auch Wahlkampfcharakter. Unter anderem sollten der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, und weitere NPD-Kader Reden halten.

Die Proteste gegen die Naziveranstaltung waren begleitet von Polizeirepression. Personen wurden willkürlich kontrolliert und nach dem Ende der Demonstration bzw. im Verlaufe des Nachmittags systematisch an alle nicht aus Gera stammenden Antifas Platzverweise erteilt, die für das gesamte Geraer Stadtgebiet gelten. Damit war es vielen weder möglich, sich zum Bürgerfest zu begeben, noch an der Antifakundgebung am Nachmittag teilzunehmen. Damit erzwang die Polizei die Abreise auswärtiger Linker, während den Bussen aus Berlin die geplante Abfahrt versagt wurde - rechtswidrig, wie die Initiative „BürgerInnen beobachten die Polizei“ betonte.

Bis zum späten Nachmittag wurden mindestens fünf Antifas in Gewahrsam gebracht bzw. vorläufig festgenommen, Presseinformationen zu Folge allesamt wegen Sachbeschädigung. Auf Seiten der Nazis landeten sieben Personen in Gewahrsam, jeweils wegen Tragens von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Es konnten auch mehrere Tonträger mit verbotenen Inhalten beschlagnahmt werden.

*LeftPress, 9. Juli 2005, indymedia* ■

eine eigene Zeitung, eine rechte Graffiti-Szene und eine militante Kameradschaft, die nicht nur offensiv durch Gewaltakte sondern auch durch zahlreiche Protest- und Infoveranstaltungen sowie Propagandaktionen in Erscheinung trat. Vor zwei Jahren wurde in der Nähe ein Sprengstofflabor von Neonazis ausgehoben und derzeit existiert nicht weit entfernt auch eine NS-Blackmetal Produktion sowie ein Naziladen.

**23.7.05: Arnstadt, 14:00 Uhr Hauptbahnhof.**

<http://www.noplacetohide.de/vu/> ■

## Ja zu repräsentativem Moscheebau

MÜNCHEN. Im Münchner Stadtteil Sendling möchte der Verein DITIM am Gotzinger Platz, gegenüber einem katholischen Gotteshaus, eine Moschee bauen, die als solche auch sichtbar werden soll, u.a. durch zwei Minarette. Bisher trifft sich dieser Verein, der zur DITIB gehört, in einem Hinterhofgebäude im gleichen Viertel, das aber für die Zahl der Gläubigen viel zu klein geworden ist. Die Aufstockung dieses Hinterhofgebäudes ist

baurechtlich bereits genehmigt. Absehbar ist jedoch, dass durch die vermehrte Nutzung und die Hinterhofsituation Probleme mit Nachbarn auftreten werden. Viel lieber wäre es dem Verein, eine auch von außen erkennbare Moschee am Gotzinger Platz zu bauen.

Als diese Pläne im Viertel bekannt wurden, protestierten viele Anwohner mit den bekannten Argumenten: Parkplatzprobleme, zu viel Verkehr, passt nicht ins christliche München, Angst vor Fundamentalisten – all diese Argumente werden immer genannt, wenn in einer Stadt eine Moschee gebaut werden soll. Auf einer CSU-Veranstaltung im Viertel erhielten die Moscheegegner ein Forum – die NPD konnte diese Veranstaltung für ihre fremdenfeindliche und rassistische Propaganda nutzen. Auch auf einer gut besuchten Bürgerversammlung unter der Leitung von Oberbürgermeister Ude sprach sich eine klare (Abstimmungsergebnis von 252 : 212) Mehrheit gegen den Moscheebau aus – obwohl Vertreter beider christlicher Kirchen dafür argumentiert hatten und die NPD erneut propagandistisch auftrat.

Auf Antrag des Bezirksausschusses fasste sich der Stadtrat am 22.6.05 in einer Grundsatzentscheidung mit dem Bauvorhaben. Die CSU beschränkte sich in der Juni-Vollversammlung streng auf baurechtliche Fragen und beantragte, für den geplanten Ort einen Bebauungsplan aufzustellen. Dann könnten die Bedenken der Bürger besser diskutiert und geklärt werden. Ziel dieses Antrags war klar: der Bau sollte verzögert, wenn möglich verhindert werden. Alle anderen Parteien im Stadtrat sprachen sich nach einer umfassenden Debatte für den Moscheebau aus, wobei der ehemalige Republikaner-Stadtrat bei dieser Vollversammlung fehlte.

Ein Vorfall am Rande zeigt, worum es bei dem Streit wirklich geht: CSU-Stadtrat Dr. Babor verteilte an der Pressebank ein Pamphlet der „Anonymen Moscheewächter“, in der es unter anderem heißt: „Diejenigen, die ‚Moscheen‘ akzeptieren, akzeptieren auch die Verherrlichung ‚islamischer‘ Topterroristen ...“ Nachdem OB Ude dies öffentlich kritisierte, distanzierte sich CSU-Stadtrat Podiuk im Namen der CSU-Fraktion von dieser Aktion. Nach erregten Debatten (außerhalb der Vollversammlung) entschuldigte sich Stadtrat Babor, er habe mit der Verteilung einen Fehler gemacht.

Dieser Vorfall zeigt, dass es beim Thema „Bau einer Moschee“ nur oberflächlich um städtebauliche Fragen geht – unter dem Firnis handelt es sich immer um einen Angriff auf das Grundrecht der Religionsfreiheit. Er wendet sich gegen die Gleichberechtigung des Islam und der Muslime in Deutschland. Im Stadtrat sind sie damit nicht durchgekommen.

*Lokalberichte München 14-05* ■

## **JF nicht „verfassungsfeindlich“?**

DÜSSELDORF. Der NRW-Verfassungsschutz ist weiter davon überzeugt, dass die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu Recht in seinen Verfassungsschutzberichten erwähnt ist. „Wir sehen der erneuten Prüfung durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf zuversichtlich entgegen. Das Bundesverfassungsgericht hat grundsätzlich für zulässig erachtet, dass die „Junge Freiheit“ als Presseorgan Gegenstand der Berichterstattung des Verfassungsschutzes sein kann. Dazu fordert es allerdings, dass die verfassungsfeindlichen Positionen externer Autoren der „Jungen Freiheit“ zuzurechnen sind. „Dies werden wir eindeutig belegen“, so Dr. Hartwig Möller, Leiter des Verfassungsschutzes in Düsseldorf.

Das Bundesverfassungsgericht schließt nicht aus, dass in der „Jungen Freiheit“ in den Berichtsjahren 1994 und 1995 verfassungsfeindliche Positionen vertreten wurden. Es fordert allerdings, dass diese Positionen der „Jungen Freiheit“ auch zuzurechnen sind. Ob dies der Fall ist, muss das Verwaltungsgericht jetzt erneut prüfen. Das Oberverwaltungsgericht in Münster und das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatten bislang uneingeschränkt bestätigt, dass die „Junge Freiheit“ Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen liefert. Die „Junge Freiheit“ hatte am 23. Juni 2001 Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben. In der Sache verwahrt sie sich dagegen, dass sie in den Jahren 1994 und 1995 jeweils im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt wurde. Sie sieht darin einen Verstoß gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Das Verwaltungsgericht in Düsseldorf hatte eine entsprechende Klage mit Urteil vom 14. Februar 1997 (1 K 9318/96) abgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hatte die Berufung gegen dieses Urteil nicht zugelassen (Beschluss vom 22. Mai 2001 - 5 A 2055/97).

*PM Innenministerium NRW, 28.6.05* ■

## **FN-Jugend beruft sich auf Eugenik- und Rassen-Ideologien der 30er Jahre**

PARIS. Für Empörung gesorgt hat der FNJ (Front national de la jeunesse), Jugendorganisation der rechtsextremen Partei Jean-Marie Le Pens, mit der Wahl des Mottos seiner 21. Sommeruniversität.

Die Veranstaltung, die vom 1. bis 7. August dieses Jahres stattfinden wird, soll unter der symbolischen „Schirmherrschaft“ des verstorbenen Alexis Carrel, Nobelpreisträger für Medizin im Jahre 1912, stehen. Der Lyoner Arzt war nicht nur Mitglied in der radikalsten Partei der französischen Nazi-Kollaboration, dem

Parti populaire français (PPF) des anti-kommunistisch gewendeten Ex-Stalinisten Jacques Doriot. Carrel war vor allem auch seit 1935 für Thesen über die Notwendigkeit einer eugenischen Geburtenauslese und Rassenhygiene bekannt. So schrieb Alexis Carrel schon in den dreißiger Jahren: „Wir wissen, dass die natürliche Auslese seit langem nicht mehr ihre Rolle ausübt. Dass zahlreiche Individuen aufgrund der Fortschritte der Hygiene und der Medizin bewahrt worden sind. Dass ihre Vermehrung schädlich für die Rasse ist.“ Ab 1941 leitete Carrel eine „Stiftung für die Untersuchung der menschlichen Probleme“, die vom Vichy-Regime eingerichtet worden war. In Paris ist deshalb, nach längerer Diskussion, eine nach Alexis Carrel benannte Straße im 15. Bezirk im Oktober 2003 umgetauft worden. Auch andernorts fanden solche Namensänderungen statt.

Die FN-Jugendorganisation erklärte zur Wahl ihres Schutzpatrons: „(Sie) entspricht dem Willen der jungen Nationalen, den politischen und kulturellen Widerstand gegen die unerträgliche moralische Diktatur, die in unserer totalitären Demokratie wütet, zu verkörpern“.

Neben den französischen Rechtsextremisten beziehen sich heute auch die reaktionärsten Kreise des politischen Islam positiv auf Alexis Carrel. Allerdings nicht aus Gründen der Rassenideologie, sondern weil seine Schriften in ihren Augen die These von der Dekadenz und Verweichlichung des „Westens“ unter Beweis stellen. In solchem Sinne äußerte sich etwa der berühmte jordanische Scheich Yussuf al-Qaradawi im Jahr 2003. *BhS, Paris* ■

## **Burschen im „Sommerlager“**

ÖSTERREICH. Vom 17.-23. Juli wollen Burschenschaftler im Salzkammergut (Gosau) ein „Sommerlager“ für Kinder und Jugendliche aufschlagen. Bei der Wiener Burschenschaft Olympia hat sich dazu eine ARGE Sommerlager gegründet. Auf deren Homepage heißt es: „Es scheint uns dies alles etwas zu kurz zu kommen [das Erleben von ‚Natur, Gemeinschaft und Kultur‘] zwischen ‚Pop-Events‘, ‚Dönerbude und ‚Metrosexualität‘ [...] Aus unserer Sicht hängen die Probleme, die Europa heute erschüttern, mit diesem Mangel an authentischen Erfahrungen zusammen. Da uns das Schicksal unserer Nation am Herzen liegt, wollen wir daher mit unserem Tun auch einen Akzent gegen die Konsumgesellschaft und für eine Erneuerung unserer Kultur setzen! Dabei umfassen unsere Bestrebungen nicht nur das Sommerlager – wir führen das ganze Jahr über jugendbewegte Aktivitäten durch. Unser Ziel – welches wir auch mit diesem Sommerlager einen Schritt weiter zu seiner Verwirklichung führen wollen – ist es, in Österreich einem

Jugendbund, geformt in der Tradition der deutschen Jugendbewegung, zur Entstehung zu verhelfen.“

Angeboten werden nicht nur Singen, Tanzen, Wandern, das Erzählen von Helden- und Göttersagen usw., sondern auch das „Erlernen des Fechtsports, ein Zielschießen mit Armbrust und Luftdruckgewehr sowie Unterricht in diversen Arten der Selbstverteidigung“. Damit bekommt das „Sommerlager“ durchaus auch Züge einer Wehrsportübung. In die Nähe des Neonazismus weisen die verwendeten Symbole: Das Logo der ARGE-Sommerlager besteht aus einer „Tyr-Rune“ und einem Adler. Die „Tyr-Rune“ wurde während der NS-Zeit als Divisionsabzeichen der 32. SS-Freiwilligen-Grenadierdivision „30. Januar“, als Ärmelblem für Absolventen der „SA-Reichsführerschulen“ und auf den Kragenspiegeln der „Sturmführer“ im Stab der „SA-Reichsführerschulen“ verwendet. In einem deutschen Gerichtsurteil betreffend das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird u. a. auch auf diese Rune Bezug genommen und festgestellt, dass sie „von den Nationalsozialisten als wichtiges Element einer ‚arischen Kultur‘ gesehen und vielfach in Abzeichen verwendet worden ist“.

Daneben kann man auf der Homepage der ARGE Sommerlager einen Vorgesmack auf die Lieder bekommen, die am Lagerfeuer wohl gesungen werden: Zu hören ist „Der Freiheit gehört unser Leben“ aus dem 1934 erschienenen Büchlein „Unser Lied“. Es stammt von Hans Baumann, der als NS-Funktionär für die „Feierkultur“ der HJ verantwortlich war.

Als Inhaber der „Sommerlager“-Domain scheint Sebastian Ploner auf, die angegebene Adresse ist identisch mit der der Olympia und schließlich wird als Kontakt Walter Asperl, ein „Alter Herr“ dieser Verbindung, angeführt.

Laut Oberösterreichischen Nachrichten (27. 4. 2005) ist man seitens des örtlichen Tourismusverbandes nicht gerade erfreut über diesen drohenden Besuch: „Wir wollen auf keinen Fall, dass das innere Salzkammergut mit extremistischen Gruppen in Zusammenhang gebracht wird“, heißt es seitens der Touristiker.

Neues von ganz rechts, [www.doew.at](http://www.doew.at) ■

## Veranstaltung zum Thema rechtsradikale Rockmusik

BAMBERG. Ein Bündnis aus Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, attac und des Sprecherinnenrates der Uni Bamberg lud am vergangenen Freitag zu einer Informationsveranstaltung zum Thema rechtsradikale Rockmusik ein. Etwa 150 Besucher verfolgten interessiert den Vortrag des Referenten Michael Weiss vom antifaschistischen Bildungszentrum (apabiz) Berlin. Immer mehr neofaschistische Organisationen be-

weiter S. 6

# 147 plus 489 = 1500?

## Viel Stadtteil, wenig Nazis und eine Bürgerkriegsarmee

HAMBURG. Geht es um die nackte Zahl, ist die Innenbehörde nicht zu überbieten: 1500 Beamte, so die Pressestelle der Polizei, darunter BGS, Beamte aus Schleswig-Holstein, Bremen, Baden-Württemberg und Hamburg ermöglichten den gerade einmal 150 Worch-Getreuen eine Demonstration durch die Hamburger Stadtteile Eidelstedt und Schnelsen. Dabei ist die alkoholisierte Gruppe von 20 Naziglätzen, die von der



Mannschaft in Grün unmittelbar nach ihrem Eintreffen wieder nach Hause geschickt wurden, bereits eingerechnet. Entsprechend verwandelte die Einsatzleitung den Eidelstedter Wochenmarkt und die vielbefahrene Holsteiner Chaussee in ein martialisches Heerlager. Dennoch gelang es Jugendlichen, Anwohnern und Antifaschisten, den Naziaufmarsch an mehreren Stellen lautstark zu begleiten. Obwohl an keinem der drei Orte antifaschistischer Proteste mehr als 300 Teilnehmer zusammenkamen, addierte die Polizei die Zahl der Antifaschisten zu 900 und versuchte so ihre Festnahme- und Sondereinheiten, die Hubschrauberbegleitung, die Wasserwerfer und Räumpanzer ‚angemessener‘ erscheinen zu lassen. Die Bilanz von 44 Personenfeststellungen, die sich am Schluss der Veranstaltung dem AKN-Bahnhof Schnelsen genähert haben sollen, reichte ihnen offensichtlich nicht.

Den Nazis war der Frust über die nach massiven Protesten beendete Verteilaktion am 17. Juni in Schnelsen noch anzumerken. Im Bericht des Aktionsbüros Nord liest sich das so: „Am 17.6. haben es Linke geschafft, viele Anwohner in der Spanischen Furt gegen unsere Mahnwache aufzuhetzen! Sie haben überall an den Haustüren geklingelt und die Lüge verbreitet, dass abends die ‚Nazis‘ kommen würden, um angeblich gegen Ausländer zu demonstrieren. Mit dieser Lüge haben die Linken bevorzugt junge Ausländer für ihre Zwecke missbraucht. Das Resultat war, dass am 17.6. die Gewalt gegen Rechts im Vordergrund stand. In dieser Situation war es für uns kaum mehr möglich, das Anliegen unserer Mahnwache al-

len Anwohnern deutlich zu machen.“ Und weiter: „Der verdummte, primitive, multi-kulturelle und alles tolerierende Sumpf von oberflächlichen, schwulen, lesbischen, abartigen, umoperierten und zuweilen auch pädophilen Gutmenschen hat die frühere Gemeinschaft unseres Volkes spätestens seit 68er-Zeiten von Innen zerfressen.“ So viel zum paranoiden Weltbild dieser Kreise.

Am 2. Juli war in der Schnelsener Wohnsiedlung von der faschistischen Kampagne wenig, von den Protesten gegen die Nazis hingegen viel die Rede, womit das Kalkül der Nazis, über das Thema Kindesmissbrauch die Ängste der Bevölkerung zu mobilisieren, scheiterte. Nicht ein Anwohner schloss sich dem braunen Aufmarsch an. Umgekehrt wurde den zu meist ortsunkundigen Antifaschisten, die infolge der weiträumigen Absperungen über Stunden in den angrenzenden Wohnvierteln umherirrten, hilfsbereit der Weg erklärt - eine Stimmung, von der sich mancher Szenestadtteil ein Scheibchen abschneiden kann.

Den Boden dafür hatte eine örtliche Initiative bereitet. Mit dabei der Distriktvorsitzende der SPD, Conny Mertens von der GAL-Bezirksfraktion, der Eidelstädter Pastor Schönfeld, die Islamische Gemeinde sowie WASG und DKP. Eine derart weit gespannte Kooperation ist in Großstädten eine seltene Erscheinung und reicht hier im Stadtteil auf das Jahr 1994 zurück. Damals wurde Gerd Lenz von Nazis bedroht und unter Veröffentlichung seines Namens und seiner Anschrift in der Nazipostille „der Einblick“ ‚geoutet‘. Zuvor hatte sich das VVN-BdA-Mitglied für die Beseitigung von Nazischmierereien eingesetzt. Gut zehn Jahre später, also Anfang dieses Jahres, wurde als späte Folge dieser Vorfälle die VVN-Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ im Bürgerhaus Eidelstedt eröffnet und von vielen Schulklassen besucht. Insofern ist die Ankündigung von Gerd Lenz, es werde „nicht bei einer einmaligen Aktion bleiben“, bereits jetzt schon eingelöst. Nach den Naziaufmärschen in der Jarrstadt könnte Eidelstedt erneut zu einem Beispiel werden, dass Angst und Einschüchterung in ihr Gegenteil umschlagen können und den Grundstein für eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit im Stadtteil legen.

Am 30. Juli steht erneut ein Neonazi-Aufmarsch bevor. Die NPD und die „Freie Kameradschaft“ um Thomas Wulff planen an diesem Tag in der Nähe vom Berliner Tor eine Demo. Dagegen ruft das Antifaschistische Bündnis zu Protesten auf. Beginn Hachmannplatz, 11.00 Uhr.

Wolfram Siede ■

trachten Musik als ideales Medium, ihre menschenverachtende Ideologie, leicht und wirkungsvoll in die Köpfe Jugendlicher zu transportieren. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Frage, in wie weit diese Musik Jugendliche tatsächlich zur rechtsradikalen Szene führt. Anhand von Videosequenzen und Tonbandmitschnitten wurde den Besuchern ein Bild der aktuell aktiven Musikgruppen vermittelt. Häufig predigen diese ganz unverhohlenen Rassenhass und Totschlag. Schätzungen zu Folge sind seit 1991 ca. 1,5 Mio. CDs produziert worden. Mittlerweile hat sich ein breites Netzwerk, das die Herstellung und Streuung der CDs und dazugehöriger Accessoires betreibt, gegründet. Der Handel mit dem Nazi-Kult ist zum Millionen-geschäft geworden. Und das trotz Verboten und stärkerer Überwachung durch den Staatsschutz. Rechttradikale Verbände und Parteien wie die NPD, wissen um die Attraktivität des Mediums. 2004 sollten mit der „Aktion Schulhof“ über 150.000 CDs kostenlos an Jugendliche verteilt werden. Mit dem Ziel, Werbung für extrem rechte Ideologie zu machen. Die Inhalte waren verfassungsfeindlich, so dass eine Beschlagnahme der Tonträger verfügt wurde. Jugendliche, welche zunächst rechter Polemik desinteressiert gegenüberstehen, identifizieren sich über die Musik nicht selten mit deren aggressiven Inhalten. Dabei handelt es sich nicht nur um solche aus „sozial schwierigen Verhältnissen“. Vielmehr sind alle gesellschaftlichen Schichten von diesem Phänomen betroffen, ländlich geprägte Regionen stärker als die Städte. In der Stadt und Umgebung Bamberg ist bisher noch keine besonders weite Verbreitung rechter Jugendkultur festzustellen. Jedoch war bis Ende der 90er Jahre die im Hintergrund arbeitende Funktionsstruktur in der Region beheimatet. In der anschließenden Diskussion waren sich die Anwesenden überwiegend einig, dass zwar weiterhin solchen rechts-extremen Bestrebungen durch Verbote Einhalt geboten werden sollte, diese aber das Problem nicht lösen. Wichtiger wäre es eine „Gegenkultur“ zu schaffen, die rechtes Gedankengut nicht toleriert und mit Zivilcourage für eine Gesellschaft des Miteinanders kämpft.

DGB Bamberg, 17.05.05 ■

## Böhse Onkelz

Am Montag (4.7.) meldete die Süddeutsche Zeitung unter dem Titel „Anzeige gegen Böhse Onkelz“, dass das LKA Brandenburg Anzeige erstattet hat, weil die Band vor 2 Wochen „bei einem Open-Air-Festival auf dem Lausitzring nahe Senftenberg vor mehr als 100 000 Zuschauern verbotene Lieder gespielt“ habe, Lieder aus ihrem ersten Album „Der nette Mann“, u.a. seien darauf Titel wie „Fußball und Gewalt“ und Dr. Martens Beat“.... ■

# Antisemitischer Redner im Rathaus

HAMBURG. Der Ratweinkeller im Hamburger Rathaus ist nicht nur die traditionsreiche Gute Stube der Hanseaten, sondern auch ein Ort, wo so einige politische Entscheidungen ganz informell bei Bier und Wein getroffen werden. Somit war am 24.6.2005 der Ort für den Festkommers des rechtslastigen Corps Irminsul (CI) aus dem Weinheimer Senioren Convent (WSC) mit Bedacht gewählt. Festredner für das 125-jährige Jubiläum der schlagenden Verbindung war der emeritierte Prof. Konrad Löw, der ursprünglich zum Thema „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ sprechen sollte.

Einen gleichnamigen Artikel hatte der rechtslastige Löw im April 2004 für die Zeitschrift „Deutschland-Archiv“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, geschrieben. Die „Ansammlung antijüdischer Klischees“, wie die konservative Zeitung „Die Welt“ den Inhalt richtig skizzierte, führten zum Eklat. Die Bundeszentrale distanzierte sich „aufs Schärfste“ von dem Artikel, ließ die Restauflage einstampfen und schickte einen Entschuldigungsbrief an alle 5.500 Abonnenten. Der ehemalige Ordinarius von Bayreuth lieferte altbekannte antisemitische Klischees, von „jüdischen Anführern der Münchner Räterepublik“ über „jüdische Zeitungen in der Weimarer Zeit“ und die „jüdische Kriegserklärung“ an Deutschland bis hin zum „jüdischen“ Beitrag zum Holocaust durch Judenräte und Ghettopolizisten. Diese Opfer-Täter-Verkehrung hat für Löw den Zweck, die angebliche erhobene „Kollektivschuldthese“ zu entkräften. Selbstverständlich sind für ihn dementsprechend „die Deutschen“ in ihrer Mehrheit „weit mehr Opfer als Täter“.

Nach der Notbremse der Bundeszentrale schrie die gesamte extreme Rechte „Zensur“ und das Junge-Freiheit-naher „Institut für Staatspolitik“ organisierte flugs im Mai 2004 eine Solidaritätsveranstaltung mit dem ach so armen Opfer der political correctness Löw, Martin Hohmann und Reinhard Günzel im Münchner Löwenbräukeller. Das antisemitische Trio bekam jedoch Hausverbot und die Veranstaltung musste im Haus der Burschenschaft Danubia stattfinden, woraufhin sich Löw in der „Nationalzeitung“ erneut als Opfer einer „eingeschränkten Meinungsfreiheit“ inszenierte.

Es ist davon auszugehen, dass dem Corps Irminsul, zumindest aber einem seiner aktivsten Alten Herren, Roger Zörb, diese Vorgänge bekannt waren, als man Löw einlud. Roger Zörb ist nicht nur im Vorstand des Altherren-Verbandes seiner Verbindung und leitet dort eine „Zörb-Kommission“ zur Zukunftsfindung des CI, er ist auch seit langem im Spektrum der extremen Rechten tätig. In den 90er Jahren kandidierte der Carl-Schmitt-Fan für die rechtsradikale Liste „Uni-aktiv“ zum Hamburger Studierendenparlament. Heute ist er im Vorstand des preußisch-nationalistischen „Bismarckbundes“, welcher alljährlich Orden an Rechtsextremisten verteilt, sowie im Vorstand der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, welche laut VS rechtsextremistisch beeinflusst ist. Diese stellte auch den inkriminierten Text von



Löw auf ihre Homepage. Herr Zörb war jedoch auch wissenschaftlicher Assistent in der Hamburger Bürgerschaft und im Bundestag, ist inzwischen Rechtsanwalt, Inhaber eines auf napoleonische Geschichte spezialisierten Verlages und Vizechef der „Hamburger Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU“.

Nachdem der Ratsweinkeller, der Senat und die Hamburger Bürgerschaft über den geplanten Auftritt von Löw informiert worden waren, erhielt der Antisemit laut taz Auftrittsverbot, der Festkommers des rechtslastigen Corps konnte jedoch trotzdem stattfinden. Inzwischen kam heraus, dass Löw trotzdem referierte, bloß zu einem anderen Thema. Laut Senatssprecherin Kristel Gießler wird jetzt geprüft, ob der Pachtvertrag mit dem Ratsweinkeller entsprechend geändert werden kann, um zukünftige Auftritte von extremen Rechten zu verhindern. Falsch ist jedoch das Gerücht, der CDU-geführte Senat würde jetzt das Hausverbot auch auf rechtsradikale Alte Herren aus seinem Umfeld ausdehnen. erk ■

Frankreichs Regierung will die politische Straßenverkehrsordnung ändern. „Rechts überholen nicht erlaubt!“ soll künftig die erste Regel lauten. Um das langsam aber sicher herannahende Superwahljahr 2007 – in dem der französische Präsident und das Parlament kurz hintereinander neu gewählt werden – zu überstehen, setzt die Mannschaft von Premierminister Dominique de Villepin augenscheinlich auf bisherige Wähler der extremen Rechten.

Die größten Anstrengungen unternimmt dabei der Mann, der höchstwahrscheinlich unter dem Banner der konservativen Rechten als Präsidentschaftskandidat antreten wird. Jedenfalls, wenn es ihm gelingt, seinen Rivalen Jacques Chirac – bisher noch möglicher Anwärter auf seine eigene Nachfolge – bis dahin auszustechen. Aber in dieser Hinsicht ist Nicolas Sarkozy, der alte und seit Anfang Juni auch der neue Innenminister und „starke Mann“ der Regierung, wohl zuversichtlich.

### ■ Empfang für den Front National

Am Montag, 27. Juni wurden zwei führende Vertreter des rechtsextremen Front National (FN) im Hôtel Matignon, dem Amtssitz des französischen Premierministers, zu einer Anhörung empfangen. Es handelte sich um den Generalsekretär der rechtsextremen Partei, Carl Lang (den eine Boulevardzeitung witzigerweise gleich in „Karl Lang“ germanisierte, wohl unabsichtlich, während man solche Eingermanisierungen in Frankreich bei offenkundigen Nazisympathisanten auch absichtlich vornimmt) und den Europaparlamentarier Jean-Claude Martinez. Der Chef, Jean-Marie Le Pen, weilte gerade auf Auslandsreisen in Russland, weshalb an seiner statt die beiden Spitzenfunktionäre im Amt des Premierministers empfangen wurden.

Natürlich nicht, um Bündnisverhandlungen mit der Partei Le Pens zu führen. Das wäre heute tatsächlich kaum denkbar. Vielmehr waren alle größeren politischen Parteien eingeladen worden, um nacheinander mit dem Premier über die Auswertung des Referendums von Ende Mai zu debattieren. Dennoch erregte es Aufsehen, dass auch die Rechtsextremen, die keinen Abgeordneten in der Pariser Nationalversammlung sitzen haben und in den letzten 15 Jahren i.d.R. auch durch die bürgerliche Rechte kaum als Gesprächspartner akzeptiert wurden, dabei waren.

Die sozialdemokratische Parteiführung unter François Hollande blieb aus Protest dagegen den Anhörungen fern. Freilich zugleich auch deswegen, weil seine eigene Partei seit dem 29. Mai in der Zwickmühle steckt: Die französische Sozialdemokratie hatte offiziell zur Annahme der EU-Verfassung aufgerufen, ihre WählerInnen stimmten mehrheitlich, zu fast 60 %, dagegen. Ein Vorwand, um sich aus

## Frankreich:

# Die Regierung umwirbt rechtsextreme Wähler

## Law & Order und Wahlkampf mit Einwanderung

der Affäre zu ziehen, kam Hollande deswegen gelegen. Die KP und die Grünen leisteten der Einladung ins Hotel Matignon ihrerseits Folge, kritisierten dort aber die „Banalisierung“ der Rechtsextremen mit harschen Worten; die trotzkistisch-undogmatische LCR hatte die Einladung, die ihr ebenfalls zuging, als „Witz“ bezeichnet und von Anfang an abgelehnt.

Dagegen tönte derjenige Parteivorsitzende, der als erster beim Premierminister empfangen worden war – schon wieder Nicolas Sarkozy, dieses Mal in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der „Präsidentenpartei“ und rechten Sammlungsbewegung UMP –, es sei „völlig normal“, dass auch der FN neben den anderen politischen Formationen empfangen werde. Denn man könne sich ja die politischen Formationen „nicht aussuchen“. Inhaltlich forderte Sarkozy bei seiner Anhörung vor allem einen vorläufigen Stopp jeder weiteren Erweiterung der EU, d.h. im Klartext das Draußenhalten der Türkei. Dieses Fernhalten der Türkei hatte Sarkozy bereits im März 2005 lautstark gefordert und eine entsprechende Vorlage durch die UMP-Delegierten mit 90prozentiger Mehrheit annehmen lassen (die das Ja zum EU-Verfassungsvertrag mit dem Nein zum türkischen Beitritt verknüpfte). Später hatte der Front National mit dem „Nein zur Türkei“ vor der Abstimmung vom 29. Mai Wahlkampf gemacht.

### ■ Ein nützlicher Rückblick

Zum letzten Mal war der Front National 1993 vom damaligen konservativ-reaktionären Premier Edouard Balladur eingeladen worden: erst zu einem allgemeinpolitischen Tour d’horizon nach der Parlamentswahl vom März 93, und im Herbst desselben Jahres zur Anhörung über die französischen Positionen bei den GATT/WTO-Verhandlungen. Balladurs damalige Regierung war um „Normalisierung“ der extremen Rechten (die durch den überwiegenden Teil der bürgerlichen Rechten seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr als bündnisfähig betrachtet wurde) bestrebt, um allmählich ihre Wähler aufsaugen zu können und so längerfristig an der Macht zu bleiben.

Ihr national-autoritärer Innenminister, Charles Pasqua, gab extra die martialische Parole „Zéro Immigration“, Null Einwanderung, heraus. In der Wirklichkeit konnte die bürgerliche Regierung freilich diese ideologische Maxime nicht durchhalten, da Gesetze und Gerichte für die Durchset-

zung rechtsstaatlicher Minimalstandards – etwa des Rechts auf Familiennachzug für Migranten unter gewissen Bedingungen – sorgten. Der FN konnte deswegen leicht den Widerspruch zwischen Anspruch und Praxis aufzeigen, die Bürgerlichen so vor sich hertreiben und selbst stärker werden. Edouard Balladur ging später als Oppositionspolitiker so weit, im Juni 1998 mit dem FN sogar über die Einführung der „Inländerbevorzugung“ (préférence nationale) debattieren zu wollen. So heißt das Kernstück des rechtsextremen Programms, anders ausgedrückt: die systematische Bevorzugung der gebürtigen Franzosen bei Arbeitsplätzen, Sozialleistungen und Kindergeld. Balladur erklärte damals, man solle eine Kommission einrichten, um in aller Ruhe darüber zu debattieren, ob die gesetzliche Einrichtung einer solchen „préférence nationale“ sinnvoll sei oder nicht. Einer stimmte ihm dabei zu und wollte „in Ruhe“ über das Thema „diskutiert“ wissen, nämlich der damalige Generalsekretär der Neogaullisten: ein gewisser Nicolas Sarkozy. Der dachte sich sogar extra eine Begründung aus: Da das Prinzip der „Inländerbevorzugung“ im Staatsdienst ohnehin gelte, jedenfalls in den hoheitlichen Bereichen (Polizei, Justiz... denn dort ist es Einstellungs Voraussetzung, über die französische Staatsbürgerschaft zu verfügen), sei die Sache gar nicht dramatisch und man könne auch locker darüber reden. (Vgl. dazu: <http://www.vorwaerts.ch/vorwaerts/1998/2898hintergrund.html>)

Pasqua hat heute einen Nachfolger, den er im übrigen selbst aufgebaut hat, indem er ihn als seinen politischen Erben an der Spitze des Bezirksparlaments von Nanterre – dessen Bezirk die oft wohlhabenden westlichen Vororte von Paris umfasst – einsetzte. Es handelt sich wiederum um Nicolas Sarkozy. Bei der Präsidentschaftswahl 1995 hatte Sarkozy den o.g. Balladur gegen seinen jetzigen Rivalen Jacques Chirac unterstützt.

### ■ Thema Zuwanderungspolitik

Schon ist seit einem Regierungseminar vom 9. Juni die Rede davon, dass die Einwanderungspolitik wieder zum Wahlkampfthema werden soll. Seit der Spaltung und nachfolgenden Krise der extremen Rechten von 1999 hatten die anderen Parteien dieses Thema vorübergehend ruhen lassen und aus den Wahlkämpfen draußen gehalten. Dabei stellt Sarkozy es aber geschickter an als sein Amtsvorgänger: Er gibt keine unrealistischen ideolo-

gischen Slogans heraus, sondern verbindet ganz offen die Bedürfnisse der französischen Wirtschaft mit Angeboten an den rassistischen Teil der Wählerschaft. „Selektive Einwanderung“ lautet das Stichwort: Die Höchstqualifizierten, die mit ihrem Humankapital den Effekten der „Überalterung“ der französischen Gesellschaften entgegen steuern und dem nationalen Wettbewerbsstaat von Nutzen sein sollen, dürfen kommen. Dagegen soll die Zahl der Abschiebungen unerwünschter „illegaler“ Einwanderer von 16.000 im vorigen auf 25.000 in diesem Jahr gesteigert werden: Bei Sarkozy misst Erfolg sich stets in Zahlen. Dabei geht es dem Mann nicht, wie dem harten Kern der Rechtsextremen, um die „Reinheit der Rasse“ (dabei hätte Sarkozy, der selbst Kind eines ungarischen Adligen und einer griechisch-jüdischen Mutter ist, auch selbst schlimme Konsequenzen zu befürchten). Sondern es geht ihm um den starken Staat und natürlich um persönliche Macht. Dabei bedient er sich einer Rhetorik, bezüglich derer es ihm gleichgültig ist, ob sie auch rassistische Implikationen hat oder ein rechtsextremes Potenzial in der Gesellschaft als „Resonanzboden“ anspricht. Sarkozy ist kein Nazi, aber ein hemmungs- und rücksichtsloser Machtpolitiker.

### ■ Sarkozy als Dampframme, „um Ordnung zu schaffen“

„Ist bei Sarko eine Sicherung durchgebrannt?“ fragte die, eher konservative, Boulevardzeitung ‚France Soir‘ am 24. Juni. Der Kosename und die ansonsten weniger schmeichelhafte Titelschlagzeile beziehen sich auf den derzeit mit Abstand am meisten Aufsehen erregenden Politiker Frankreichs: Nicolas Sarkozy, schon wieder er. „Der Saubermacher“ lautete der Aufmacher einer anderen Boulevardzeitung am Vortag, und die linksliberale Libération widmete ihm den Titel „Der Wiederholungstäter“.

Die Pariser Trabantenstädte, Banlieues genannt, waren in jener Woche zunächst der Hauptschauplatz, auf dem der Minister Tatendrang beweisen wollte. In der nördlichen Pariser Trabantenstadt la Courneuve war am Sonntag, 19. Juni der elfjährige Sidi-Ahmed Hammache, Sohn kabyliischer Eltern, durch zwei Kugeln tödlich verletzt worden. Die Schüsse galten freilich nicht dem Jungen, dessen Tod Folge eines tragischen Unfalls ist. Im Hintergrund steht auch nicht einer der Bandenkriege zwischen rivalisierenden Jugendgruppen, die in manchen Banlieues häufiger stattfinden, allerdings nur in seltenen Ausnahmefällen mit Schusswaffen ausgetragen werden (denn noch sind die französischen Banlieues nicht mit den „Ghettos“ in US-Großstädten zu vergleichen!).

Stattgefunden hatte ein privater Streit zwischen einem tunesischstämmigen und

## Der FN nach dem 29. Mai 2005

Als Begründung dafür, dass Sarkozys Kalkül einer Gewinnung der Wählerschaft der extremen Rechten aufgehen könnte, wird durch seine politische Umgebung auf die jüngeren Wahlstatistiken verwiesen.

In Frankreich gibt es keine Landeslisten wie in der Bundesrepublik, auf denen ein Nachrücker ins Parlament eintritt, sobald ein Mandatsträger aus Krankheits- oder anderen Gründen seinen Sessel räumt. Deswegen wird an fast jedem Wochenende in einzelnen Wahlkreisen neu gewählt, um frei gewordene Sitze in Bezirks-, Regional- oder nationalem Parlament zu besetzen. Diese „Teilwahlen“ dienen als wichtiges politisches Stimmungsbarometer. In mehreren Wahlkreisen wie in Nizza-7 (mit 10,2 % gegenüber 22,9 % im vorigen Jahr) oder im burgundischen Saint-Florentin (4,4 % gegenüber 22 % im vorigen Jahr) hat der FN seit Jahresbeginn oft deutlich an Boden verloren.

Dieser Trend hat sich auch seit dem Referendum vom 29. Mai nicht umgekehrt, obwohl der Front National sich den Abstimmungssieg der Gegner des EU-Verfassungsvertrags – gern selbst zuschreiben würde. Die Mehrzahl der „Nein“-Stimmen kam aber aus dem linken und gewerkschaftlichen Lager. Während der Abstimmungskampagne hatte der FN im allgemeinen nur schwach Präsenz gezeigt. Über die Interpretation dieser Schwächephase ist oft gestritten worden: Handelte es sich um eine bewusste Taktik seitens der Partei, die darin bestand, sich selbst zurückzuhalten und auf leisen Sohlen zu gehen, um den Erfolg des „Nein“ beim Referendum nicht zu gefährden? Diese Darstellung wurde von mehreren FN-Kadern wie Generalsekretär Carl Lang übernommen. Dagegen spricht allerdings, dass Jean-Marie Le Pen, wenn er sich denn zu Wort meldete, auch kein Blatt vor den Mund nahm. So forderte er während des Wahlkampfes im Mai glatt den Ausstieg aus dem Euro und die Wiedereinführung des französischen Franc, eine Forderung, die von anderen Gegnern und Kritikern des Verfassungsvertrags nicht geteilt wird. Eine andere Interpretation behauptet dagegen, dass der FN aufgrund des längeren Krankenhausaufenthalts Le Pens zu Jahresbeginn und wegen der ungelösten Frage seiner Nachfolge derzeit in einer innerparteilichen Krise stecke und nur wenig handlungsfähig sei.

In den Wochen nach dem Referendum hat der FN dann aber versucht, seine Anhänger zu remobilisieren. Während er landesweit nach wie vor nur geringe Präsenz zeigte, konzentrierte er sich mit einer Plakatkampagne auf ausgesuchte Gebiete, etwa Zonen mit hohem Arbeiteranteil in Pariser Trabantenstädten wie Ivry-sur-Seine. Dort forderte er verbalradikal: „Das Volk hat gesprochen: Chirac muss zurücktreten!“, auf die Abstimmungsniederlage des Präsidenten anspielend.

Die strukturelle Krise des FN, die aus der enormen Machtkonzentration in den Händen eines alternden Chefs und dessen Unfähigkeit zur Machtteilung resultiert, ist nicht überwunden. Aber die Gefahr besteht, dass die taktisch motivierte Aufwertung des FN in Verbindung mit einer beginnenden Remobilisierung seiner Anhängerschaft die Partei im öffentlichen Leben hält.

Bhs, Paris ■

einem von den Komoren kommenden Bewohner der Cité des 4000, einer der größten Plattenbausiedlungen, die zum Stadtgebiet von La Courneuve gehört. Voraus ging eine Liaison zwischen einem Komorer und der Schwester des Tunesiers, der seinerseits nicht hinnehmen wollte, dass diese mit einem Schwarzen zusammen war. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte der Liebhaber sich bedroht gefühlt und zuerst geschossen. Seit dem 23. Juni sitzt er mit seinem Bruder in Untersuchungshaft; dort sitzt mittlerweile auch einer der Brüder des in den Streit verwickelten Tunesiers.

Zwar bilden die französischen Banlieues, anders als etwa die oft fälschlich mit ihnen verglichenen „Schwarzenghettos“ in US-Großstädten, keine „ethnisch“ durchsortierten Wohngebiete. Vielmehr wohnen dort Ärmere, Arbeitslose und „sozial schwache“ Familien unterschiedlichster Herkunft gemeinsam in diesen früheren Hochburgen des Industrieproletariats, in denen längst Erwerbs- und Perspektivlosigkeit den früheren Einfluss der Arbeiterbewegung und vor allem der einst mächtigen KP erodiert haben. Doch die Zerrüttung der Sozialstrukturen in den anonymen Hochhaussiedlungen sorgt dafür, dass sich immer wieder geschlossene Gruppen in Abgrenzung zu anderen herausbilden. Sei es in Form von Jugendbanden oder auch entlang „ethnischer“ Spaltungslinien – etwa zwischen „Arabern“ und Schwarzen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hat der komorische Liebhaber sich bedroht ge-

fühlt und, zusammen mit einem seiner Brüder, den gegen die Liaison eintretenden Tunesier getroffen – der seinerseits Verstärkung organisierte. Seit vergangener Donnerstag sitzen die beiden Komorer in Haft, mutmaßlich hat einer von ihnen zuerst geschossen. Mit den verbreiteten Problemen von Bandenkriegen und Drogenhandel hat dieser Zwischenfall also im Prinzip nichts zu tun. Dennoch nutzte Innenminister Sarkozy die Empörung über den Tod des elfjährigen Jungen, der zwischen die Fronten geriet, um lautstark zu verkünden: „Die Übeltäter müssen verschwinden. Ich werde so viele Polizisten einsetzen, wie es nötig ist, aber wir werden die Cité des 4000 säubern“.

### ■ Säubern mit dem Hochdruckreiniger (früher hieß es Flammenwerfer...)

Am Montag, 20. Juni besuchte Sarkozy die Familie Hammache, der er ungefragt verkündete, man werde ihnen einen Umzug aus der Siedlung heraus ermöglichen. Die Familie musste sich ein wenig instrumentalisiert fühlen. Aus demselben Anlass ließ Sarkozy auch eine Arroganz durchblicken, die viele damit konfrontierte Beobachter staunend zurückließ. So verlangte Sarkozy, auch mit den Eltern in der Grundschule, die der kleine Sidi-Ahmed vor seinem Tod besucht hatte, für einen kurzen Augenblick zusammenzutreffen. Aus diesem Anlass versuchte auch die Grundschullehrerin des toten Jungen, ein paar Worte zu sagen und Sarkozy eine Frage zu stellen, der aber nichts hören wollte. Die Antwort des Innenministers

auf ihr Insistieren lautete: „Wenn es Dir nicht passt, brauchst Du nur zu gehen. Wenn es Dir nicht passt, kannst Du in ein anderes Land gehen.“ Leider waren anscheinend keine Fernsehkameras in der Schule dabei, aber die Wochenzeitung „Le Canard enchaîné“ berichtete detailliert über die Begegnung.

**LE GUIDE TRAVAUX D'ETE**

Faites tous vos travaux de nettoyage avec la SARKOR 4000!

Prix 1/2 RMI €

**SARKORAMA**

LE MEPRIS A BAS PRIX!

... Der Text lautet: „Sarkorama (statt Conforama, d.i. eine Möbelkaufhauskette), die Missachtung zum halben Preis.“ Und die Abbildung zeigt Sarkozy mit dem „Reiniger“, dicke Aufschrift: „Moi“ = „Ich“.

Gleichzeitig kündigte er an: „Wir werden das Quartier mit dem Kärcher säubern“. Damit meinte er offenkundig eines jener Hochdruck-Reinigungsgeräte, die durch die deutsche Firma Raab-Kärcher hergestellt und durch die Pariser Straßenreinigung eingesetzt werden. Gesäubert werden sollten damit „Dealer, Gewalttäter und Sans papiers“, also auch Einwanderer, deren einziges Verbrechen darin besteht, ohne gültigen Aufenthaltstitel in Frankreich zu leben.

24 Stunden später durchkämmten zwei Hundertschaften Polizei die Siedlung, räumten Keller und Dachgeschosse aus. Die Ausbeute fiel jedoch ausgesprochen mager aus, was vielleicht auch daran liegen mag, dass die Polizeiaktion angekündigt und allgemein erwartet worden war. Bei den später den Medien präsentierten Fundstücken stach vor allem ein rotlackiertes Moped ins Auge – reichlich unspektakulär.

Die öffentliche Meinung in der Trabantstadt war gespalten: Manche begrüßten, dass „wenigstens etwas gemacht werde“ angesichts des von Verrohung und Perspektivlosigkeit geprägten Alltags, kri-

tisieren jedoch den vor allem auf den Medieneffekt abzielenden „Showcharakter“ der gesamten Operation. Andere Bewohner kritisieren, nunmehr wieder, wie vor allem unter dem repressiven Innenminister Charles Pasqua in den 90er Jahren, „kollektiv stigmatisiert“ zu werden und befürchten eine erneute Zunahme brutaler Polizeikontrollen und -schikanen vor allem gegen Immigrantengendliche.

Auch die eher konservative Richtergewerkschaft USM kritisierte: „Das Wort ‚Säuberung‘ ist ein historisch belasteter Begriff“, unter Anspielung auf den Algerienkrieg, in dessen Verlauf die Fremdenlegion Alger mit dem Flammenwerfer zu reinigen versprach (heute ist es erst einmal nur ein Hochdruckreiniger...). „Sein Gebrauch ist zu vermeiden. Jemand, der einen kleinen Jungen tötet, muss festgenommen und verurteilt, aber nicht ‚gesäubert‘ werden“.

■ **Gewaltenteilung? Stunk! Rechtsstaatliche Minimalprinzipien? Stunk!**

Drei Tage später hatte der Richterverband noch mehr Gründe zur Kritik. Vor laufenden Kameras posierte Sarkozy hinaus, er habe in der Kabinettsitzung vom Mittwoch (22. Juni) „vom Präsidenten verlangt, er solle den Justizminister fragen, was mit dem Richter passiert, der es gewagt hat, ein solches Monster unter Auflagen freizulassen“. Mit dem Monster war der mögliche Wiederholungstäter

Patrick G. gemeint, der derzeit verdächtigt wird, Mitte Juni die Joggerin Nelly Crémel in einem Waldstück östlich von Paris ermordet zu haben. Patrick G, Mitte 40, war im Jahr 2003 nach insgesamt 17jähriger Haft unter Justizaufsicht freigekommen. Vor nunmehr 21 Jahren hatte er eine Tat begangen, die dem Mord an der Joggerin in vielen Punkten ähnelt.

G. war bei seinem Prozess als mutmaßlicher Psychopath eingestuft worden, sein psychischer Zustand hatte sich jedoch im Laufe der Jahre nach einhelliger Expertenansicht verbessert. Patrick G. war der „Musterhäftling“ seiner elsässischen Justizvollzugsanstalt und beim Wachpersonal der beliebteste Strafgefangene gewesen. In der Haft hatte er sein Abitur gemacht und eine pensionierte Krankenschwester geheiratet. Deswegen war er, nach Anhörung der Experten, zwecks Wiedereingliederung unter Auflagen freigegeben, dazu gehörte eine 10jährige Justizaufsicht mit der Pflicht, sich regelmäßig behördlich zu melden.

Inzwischen hat Patrick G. zugegeben, zusammen mit einem Komplizen an der Tat teilgenommen zu haben, will jedoch

nicht selbst der Mörder sein. Zwischenzeitlich wurde Patrick Gateau auch verdächtigt, bereits im November 2004 noch einen weiteren Mord an einer Frau – die im selben Alter wie die anderen Opfer war – in der Nähe von Lyon begangen zu haben. Nachdem diese Nachricht die Affäre zusätzlich und besonders stark hochkochen ließ, verleihen die mit der Tatermittlung befassten Gendarmen mittlerweile aber ihrer Skepsis Ausdruck: Es bestünden Zweifel, ob Patrick G. im fraglichen Zeitraum überhaupt habe in der Gegend sein können. Noch sind die weiteren Umstände dazu ungeklärt. Dabei erklären die Gendarmen aber auch ihre „Verwunderung“ darüber, wie Details über die laufenden und derzeit noch völlig offenen Ermittlungen überhaupt an die Öffentlichkeit kommen konnten. Mit anderen Worten: Wer wollte Sarkozy da, vielleicht „aus dem Inneren des Apparats“, eine Steilvorlage liefern?

„Der Richter muss bezahlen“, forderte Sarkozy mehrfach wörtlich. Dabei hatte aber keine Einzelperson, sondern ein dreiköpfiges Richterkollegium nach Anhörung mehrerer Spezialisten die Entscheidung getroffen. Die Staatsanwaltschaft hätte ihr Veto einlegen können, tat dies aber nicht. In solchen Fällen liegt die Rückfallquote im Promille-Bereich und damit niedriger als die statistische Wahrscheinlichkeit, dass ein bisher nicht straffälliger Bürger ein Verbrechen begehen wird. Deswegen lässt sich kaum rechtfertigen, die Betroffenen weiterhin wegzuschließen, da man sonst auch die nicht vorbestrafte Bevölkerung unter Präventionsgesichtspunkten einsperren müsste. Einer Umfrage aus der vorletzten Juniwoche, als die Affäre hochkochte, zufolge glauben nur 7 Prozent der Französischen und Franzosen, dass zu viel für die Resozialisierung und gesellschaftliche Wiedereingliederung ehemaliger Strafgefangener getan werde. Dagegen glauben 67 %, es werde zu wenig in dieser Hinsicht gemacht. Die Haftentlassung unter Justizaufsicht und unter Auflagen bildet einen der Mechanismen, die eine Resozialisierung ermöglichen sollen. In ihrem Rahmen liegt die Rückfallquote bei ungefähr 5 Promille der „Fälle“ und ist damit nur halb so hoch wie in den Fällen von Haftentlassung (nach 20 oder mehr Jahren) ohne vorherige Resozialisierungsmaßnahmen, wie beispielsweise der Aussicht auf vorzeitige bedingte Entlassung unter Justizaufsicht.

Solche Feinheiten interessieren Sarkozy aber offenkundig ebenso wenig wie das Prinzip der Gewaltenteilung, über die sich er mit seiner lautstarken Forderung klar hinweg setzt.

Der Vorsitzende des bürgerlichen Richterverbands USM verglich Sarkozys Auftreten gar mit einem Ansinnen des Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen kurz vor der zweiten Runde der letzten Präsident-

schaftswahl: Der wollte damals „die französische Richterschaft um ein Drittel ihrer Mitglieder säubern“ und dachte dabei vor allem an jene 20 Prozent, die bei Personalwahlen für die linke bis linksradikale Richter-gewerkschaft Syndicat de la Magistrature (SM) stimmen.

Am Freitag, 1. Juli demonstrierten rund 200 RichterInnen in ihren Roben vor dem Pariser Justizpalast gegen die Angriffe des Ministers auf die Richterschaft und auf die Gewaltenteilung. Protestpetitionen zirkulieren unter den 8.000 Richtern, die in ganz Frankreich tätig sind. Ein solch offenes Ringen um die politische Unabhängigkeit der Justiz gegenüber dem „starken Mann“ der Exekutive ist eine Premiere.

Jenen Journalisten, die Sarkozy befragten, was er von „dem Zorn“ (teilweise auch im bürgerlichen Lager) gegen sein anmaßendes Auftreten und seine Verstöße gegen die Gewaltenteilung erwidere, antwortet der Mann: „Ich, ich höre den Zorn der Opfer.“ Sarkozy nimmt für sich in Anspruch, der selbsternannte Sprecher „der Opfer“ ebenso wie „der Leute von unten“ zu sein. Und er scheint sich mit seinen Ideen durchzusetzen: Am 6. Juli debattierte das Kabinett bereits über einen Gesetzesentwurf über einen verschärften Umgang mit Langzeithäftlingen und Wiederholungstätern, der ab September dem Parlament vorgelegt werden soll. Neben Sarkozy und seiner Umgebung hat Justizminister Pascal Clément jüngst maßgeblich an der Verschärfung des Entwurfs mitgewirkt. Clément gehörte 1981 zu dem Flügel der bürgerlich-konservativen Parteien (damals RPR und UDF), der gegen die durch die Sozialisten durchgesetzte Abschaffung der Todesstrafe eintrat. Ein Teil der Gaullisten unter Philippe Séguin hatte die Abschaffung der Todesstrafe unterstützt, dagegen hatte der heutige Justizminister Clément im Parlament die Hauptrede als Wortführer für die Verteidiger der Todesstrafe gehalten.

### ■ Autoritärer Populismus

Im Parlament verkündete Sarkozy am 23. Juni offen, dass es um eine Gewinnung der rechtsextremen Wähler gehen: „Wir werden durch Taten die extreme Rechte, die Armut und die Gewalt zurückdrängen“. Sozialdemokratischen Opponenten hielt er vor: „Es wundert mich nicht, dass das Volk sich von ihnen abgewendet hat. Denn Sie haben das Volk vergessen. Sie sprechen nicht wie es, Sie verstehen es nicht und Sie ziehen keinerlei Konsequen-



FN-Demo am 1. Mai 2005 in Paris

zen aus dem, was es tagtäglich erlebt.“ Auch wenn das französische *peuple* keineswegs mit dem deutschen Volksbegriff verglichen werden kann, sondern eher „die da unten gegen jene da oben“ bezeichnet, so zeichnet Sarkozy doch klare Konturen eines autoritären Populismus.

Nicolas Sarkozy hat seinen bahnbrechenden politischen Erfolg der letzten drei Jahre der politisch-ideologischen

Konjunktur des „Sicherheits“-Themas zu verdanken. Vor allem im Vorfeld der letzten Präsidentschaftswahl vom 21. April 2002 war, circa ein Jahr lang, die Frage der „Inneren Sicherheit“ durch alle Medien und auf allen Kanälen zum alles überschattenden Megathema aufgebaut worden.

Den Startschuss dazu gab die Nationalfeiertagsrede von Chirac am 14. Juli 2001. In den kommenden Monaten taten von den Sozialdemokraten über die Konservativen bis zu den Rechtsextremen alle (nicht-marxistischen) Parteien so, als sei die „Unsicherheit“ eines der drängendsten Zukunftsthemen überhaupt. Dabei wurde dieser Begriff, in seiner ideologischen Vermittlung durch die Medien und durch die Alltagsideologie, zur allgemeinen Chiffre für alle möglichen Aspekte der Zukunftsangst. D.h. die vorwiegend sozial motivierten Ängste wurden durch den Begriff des „Unsicherheitsgefühls“ quasi aufgesaugt. Nehmen wir einen Vertreter der sozialen Unterschichten, der jeden Tag Dutzende Kilometer zur (prekären) Arbeit und zurück fahren muss, da er in der Nähe keinen Job findet, und gleichzeitig jeden Tag vor einer möglichen Entlassung oder einem Ende seines befristeten Vertrages oder Zeitarbeitsvertrages zittert. Ihm lässt sich (unter Zuhilfenahme entsprechend suggestiver Bilder von brennenden Autos aus den Banlieues auf allen Kanälen, die ja nicht einmal gefälscht sein müssen) u.U. einreden, die größte Angst, die er hegen müsse, sei, dass jemand sein Auto anzündet. Die Angst vor Sanktionierung, vor Job- und Existenzverlust können sich tatsächlich rund um diese Bedrohungs-Vorstellung kristallisieren, wenn sie im gesamten öffentlichen Diskurs ins Zentrum gerückt wird. Daraus resultiert der Ausgang der Präsidentschaftswahl von 2002, daraus resultiert das damalige hohe Abschneiden der (selbst bereits in der Krise befindlichen!) extremen Rechten. Und darauf basierte eben auch der Er-

folg von „Superminister“ und Ober-Ankündigungspolitiker Nicolas Sarkozy, der nach seiner Ernennung im Mai 2002 mit seinem Hyperaktivismus in Sachen „Sicherheit“ alle Fernsehstudios besetzte.

Ein relevantes Problemchen gibt es dabei freilich noch: Ein Schaubild, das vom „Figaro-Magazine“ (Wochenendbeilage der konservativen Tageszeitung „Le Figaro“) vom 13. Mai 2005 veröffentlicht wurde, zeigt die Konjunktur der beiden Themen „Innere Sicherheit“ und „Arbeitsplätze“. Dabei kann man deutlich erkennen, dass kurz vor der letzten Präsidentschaftswahl von 2002 ein steiler Ausschlag der Nennung des Themas „Unsicherheit“ nach oben zu verzeichnen ist. Befragt, welches Problem im künftigen Regierungshandeln Priorität haben müsse, nennen damals 60 Prozent die „Innere Sicherheit“ und nur gut 20 Prozent „Beschäftigung“.

Aber bereits seit dem Jahresbeginn 2003 haben sich demnach die Kurven der beiden Themen überschritten, da das soziale Thema „Arbeitsplätze“ aus Sicht der Befragten stetig an Bedeutung gewonnen hat. Und bei der letzten Umfrage, im Mai 2005, nannten nur 10 Prozent das Thema „Innere Sicherheit“ als prioritär, hingegen antworteten 55 Prozent „Arbeitsplätze“. Insofern bleibt abzuwarten, ob „Superminister“ Sarkozy dieses Thema wieder nach oben bringen kann, oder ob seine bisherige Erfolgsmasche sich jetzt in Bälde abgenutzt hat.

Ansonsten kann Sarkozy im Moment (im Prinzip) nur ein Einziger schaden, und das ist er selbst. Seine letzten Auftritte wurden auch in manchen bürgerlichen Kreisen (siehe die Kritik des eher bürgerlichen-moderaten Richterbunds USM, die ähnlich schroff ausfiel wie jene der linken bis linksradikalen Richter-gewerkschaft SM) als weit überzogen betrachtet. Im Umfeld und bei den politischen Freunden Jacques Chiracs, der sich durch den rasanten Aufstieg seines Herausforderers Nicolas Sarkozy unmittelbar bedroht fühlt, will man derzeit an eine übergroße „Nervosität“ Sarkozys glauben, die ihm auf Dauer Schaden zufüge. Tatsächlich erscheint der Mann bei seinen derzeitigen Auftritten angespannt und verbissen um Profilierung bemüht. Der Umstand, dass Sarkozy jüngst seine Ehefrau weggelaufen ist und alle Regenbogenzeitschriften ihre Titel mit seinen Eheproblemen aufmachen, trägt dazu sicherlich bei. Das Geltungsbedürfnis Sarkozys wurde dadurch wohl nur noch gesteigert. Auch wenn ihm die derzeitige enorme Publicity, die nun neben seinen politischen Aktionen auch noch seinen privaten Problemen gilt, objektiv nutzt: Vielleicht stellt er sich, in seinem Geltungsdrang, doch noch selbst ein Bein. Sonst muss man sich wohl schon mal auf eine Perspektive „Sarkozy, Präsident“ einstellen.

Bernhard Schmid, Paris ■

### Online-Demonstration: Gewaltanwendung per Mausklick

Vor dem Frankfurter Amtsgericht endete am 1. Juli der erste Prozess gegen einen Initiator der ersten Online-Demonstration in Deutschland mit einer Verurteilung und Geldstrafe. Am 20. Juni 2001 hatten sich mehr als 13.000 virtuelle Demonstranten vor dem Internetportal [www.lufthansa.com](http://www.lufthansa.com) der Lufthansa versammelt, um gegen deren tödliche Abschiebeflüge zu demonstrieren. Durch den massenhaften und zeitgleichen Mausclick sollten die Server der Lufthansa symbolisch blockiert werden und in der Öffentlichkeit die menschenverachtende Abschiebepaxis angegriffen werden.

Im Urteil folgte Amtsrichterin Wild in weiten Teilen der Argumentation der Staatsanwaltschaft und verurteilte den Angeklagten wegen „Nötigung“, das heißt sowohl „Gewaltanwendung“ wie auch „Androhung eines empfindlichen Übels“, zu einer Geldstrafe von 900 Euro. In ihrer Urteilsbegründung sah Richterin Wild allein „durch die Kraftentfaltung des Mausclicks“ bereits eine „Zwangswirkung“ auf potentielle User der Lufthansa-Webseite, die zum Zeitpunkt der Protestaktion das Onlineportal der Abschiebe-Airline hätten besuchen wollen. Richterin Wild setzte zudem das geltende Versammlungsrecht außer Kraft, in dem sie dem Online-Protest lediglich den Charakter einer „Ansammlung“ zubilligte, die zugleich aber wie eine illegale „Blockade“ der Lufthansa-Webseite gewirkt habe.

Damit ging Richterin Wild selbst über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus und sah den Tatbestand der „Gewalt in seiner stärksten Form erfüllt“, da im Internet auf elektronischem Wege der „Willen Anderer gebeugt“ worden wäre. Richterin Wild, die zuvor sämtliche Beweisangebote der Verteidigung als „unrelevant“ abgelehnt hatte, folgte ihrer Art Rechtsauffassung, die sich schon in harten Verurteilungen von Irakkriegsgegnern, die 2003 die US-Airbase blockierten, ausgedrückt hatte. Und auch im virtuellen Raum, möchte die Amtsrichterin Rechtsgeschichte schreiben. Für sie war die Online-Demonstration mehr als nur ein einmaliger „Gewaltakt“, sondern ihr ginge es auch darum, mit dem Urteil „potentielle Nachahmer“ abzuschrecken.

Rechtsanwalt Scherzberg forderte in seinem Schlussplädoyer den bedingungslosen Freispruch. Er zweifelte die juristische Kompetenz der Staatsanwaltschaft an, die nicht in der Lage war, kausale Zusammenhänge zu verbalisieren. Der Angeklagte beharrte auf dem Recht der freien Demonstration auch im Inter-

net. Bereits im Schlusswort nahm er den Urteils-

spruch vorweg als er betonte, dass allein die Tatsache dieses Prozesses beweise, dass „das Internet unter die Fuchtel des Polizeirechts“ gestellt werden solle.

Während der Urteilsverkündung forderten empörte Zuschauer mit Transparenten die Demonstrationsfreiheit „online wie offline“ und erklärten sich den 13.000 mit dem Urteilsspruch kriminalisierten Online-Demonstranten zugehörig. Die Verteidigung und der Ankläger kündigten Revision an. Sie streben eine rechtliche Entscheidung über die Demonstrationsfreiheit im Internet vor den höchsten deutschen und europäischen Gerichten an. *Hans-Peter Kartenberg, Initiative Libertad!* ■

### Ex-Emery-Kaserne: Asylbewerber bleiben länger in Würzburg

Wie durch einen Artikel im Lokalteil Würzburg der Mainpost bekannt wurde, soll das bisherige Zentrale Durchgangslager für Asylsuchende (ZAST) in eine „Gemeinschaftsunterkunft“ umgewandelt werden. Der Stadtrat hatte im Februar die OB einstimmig aufgefordert, die Umwandlung in eine Gemeinschaftsunterkunft zu verhindern. – Wir zitieren aus dem Artikel des Lokalredakteurs Andreas Jungbauer. (jüw)

Für Flüchtlinge ist die ehemalige Emery-Kaserne in der Veitshöchheimer Straße seit Freitag mehr als eine Durchgangsstation: Statt wie zuletzt rund 140 Asylbewerber sollen in der neuen Gemeinschaftsunterkunft künftig bis zu 500 Flüchtlinge für die Dauer ihres Asylverfahrens leben.

Mit dem Stichtag 1. Juli hat sich zunächst nur der Name geändert. Umbauten sollen folgen. Bis dato war Würzburg als eine von drei Aufnahme-Einrichtungen in Bayern, eine erste Anlaufstation für Flüchtlinge nach ihrer Ankunft an der Grenze oder am Rollfeld. Jetzt wird eine Gemeinschaftsunterkunft (GU) daraus. Der Ministerrat hat's beschlossen.

Doch immer weniger Menschen finden Zuflucht in Deutschland, viele werden sofort in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Gerade noch 4855 Asylbewerber zählte man vergangenes Jahr in Bayern – im Rekordjahr 1992 waren es fast 60 000. Durch den Rückgang wurde die Würzburger Ex-Kaserne als Durchlaufstation überflüssig. Bis zu drei Monaten blieben die Flüchtlinge hier – bis Personalien geklärt, Gesundheitstest gemacht und die Asylverfahren angelaufen waren. Dann wurden sie in Gemeinschaftsunter-



künfte geschickt – wie nach Aub zum Beispiel. Das 160-Betten-Haus im Landkreis bleibt erhalten. Dagegen sind die beiden Würzburger GU in der Ständerbühlstraße und im Winterleitenweg bereits geschlossen.

Nur noch 0,8 Prozent der Asylsuchenden in Bayern wurden letztes Jahr anerkannt. Ein Rekord-Minus. Für die neue Gemeinschaftsunterkunft an der Veitshöchheimer Straße bedeutet das rein rechnerisch: Von 500 Bewohnern warten 495 nur auf ihre Ausreise oder Abschiebung. So lange das Asylverfahren läuft – im Durchschnitt drei Jahre – müssen die Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft leben. Privatwohnungen sind tabu – es sei denn, Asylbewerber können ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft bestreiten. Doch arbeiten dürfen sie frühestens nach einem Jahr und nur in Jobs, für die sich keine Deutschen oder „reguläre“ Ausländer finden. ■

### Zuwanderung als zentrales Wahlkampfthema ist brandgefährlich

BERLIN. Als brandgefährlich bezeichnen PRO ASYL, das Referat Migrationspolitik des DGB-Bundesvorstandes und der Interkulturelle Rat in Deutschland die Absichtserklärungen des Bayerischen Innenministers, Günther Beckstein, und des stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, die Frage der weiteren Zuwanderung nach Deutschland im Wahlkampf „massiv“ thematisieren zu wollen. Eine negativ besetzte Zuwanderungsdebatte ginge an der Realität in Deutschland völlig vorbei und wäre bloße Stimmungsmache. Mit biologistischen Begrifflichkeiten wie der „bestandserhaltenden Geburtenrate“ und dem Vorwurf an rot-grün, eine „Multikulturalisierung durch die Hintertür“ zu betreiben, äußere sich der Bayerische Innenminister ebenso unseriös wie Oskar Lafontaine, der in rechts-populistischer Diktion vor „Fremdarbeitern“ warnt, die Familienvätern und Frauen die Arbeitsplätze wegnehmen. „Wer Sozialneid schürt und Migranten und Flüchtlinge zu einer Ursache der aktuellen ökonomischen Krise erklärt, gibt die Betroffenen als Sündenböcke frei und riskiert, dass sie verstärkt zur Zielscheibe rechtgerichteter Angriffe werden. Er fügt überdies dem politischen System der Bundesrepublik schweren Schaden zu. Mittelfristig werden sich die NPD und andere rechtsextreme Parteien hierfür bedanken.“ [www.interkultureller-rat.de](http://www.interkultureller-rat.de) ■

Unter diesem Titel fand in Köln eine Veranstaltung vom Kölner Flüchtlingsrat, dem Unterstützerkreis für die von Abschiebung bedrohten Kinder und Jugendlichen und vom Kölner Runden Tisch für Integration statt, die beeindruckte. Und nicht nur weil das Dom-Forum rammelvoll war. Das allein war schon nicht selbstverständlich, ging es doch um die Verfestigung des Aufenthalts von jahrelang in Köln geduldeten Flüchtlingen, um die Ermessensspielräume der Ausländerbehörde und um das richtige Verständnis des neuen Aufenthaltsgesetzes, dem Kernstück des Zuwanderungsgesetzes.

Die von Isabel Schayani souverän moderierte Podiumsdiskussion ist vor allem deshalb zu würdigen, weil damit in Köln angefangen wurde, öffentlich mit den Flüchtlingen selbst, mit allen wichtigen Parteien und allen Unterstützergruppen eine Auseinandersetzung zu führen, die scheinbar nur noch von Konfrontation geprägt ist, gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen zum Bundestag.

Als das Zuwanderungsgesetz verabschiedet worden war, dachten rot-grüne Parlamentarier wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Wiefelpütz und Volker Beck von Bündnis90/Die Grünen, sie hätten ein Gesetz verabschiedet, das zu einem Ende der sog. Kettenduldungen dadurch führen könnte, dass die über 220.000 Flüchtlinge mit Duldungs-Status endlich eine Aufenthaltsverfestigung (einschließlich Arbeitserlaubnis) erhalten würden. Sie hatten die Rechnung ohne die Innenminister gemacht. Deren Ausführungsbestimmungen zum Gesetz sehen vor, dass die auch als „unerlaubt Eingereiste“ Bezeichneten gefälligst wieder ausreisen mögen und keinesfalls mit einer Aufenthaltserlaubnis „belohnt“ gehören.

Auf dem Kölner Podium war diese ordnungspolitische Position vertreten durch Herrn Granitzka von der CDU, Herrn Breite von der FDP, Frau dos Santos von der SPD und sozusagen von Amts wegen von Frau Dahmen, der Leiterin der Ausländerbehörde. Für eine humanitäre Lösung des Konflikts traten neben den Veranstaltern Ossi Helling von den Grünen, Jörg Detjen von der PDS und Pfarrer Decker, der Direktor der Caritas in Köln, ein. Ihnen wäre es am liebsten, es würden alle, die länger als fünf Jahre in Köln geduldet leben, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Das humanitäre Anliegen von „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“ wurde von Reinhart Hocker vom Unterstützerkreis und Claus-Ulrich Prölb vom Flüchtlingsrat, aber auch aus dem Publikum selbst von Flüchtlingen und ihren Unterstützern durch viele bewegende Einzelschicksale vermittelt. Auf dieser Ebene der Einzelfall-Hilfe waren auch die Ordnungspolitiker letztlich zu mehr Bewegung bereit, als viele Skeptiker vor der

# „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“

Veranstaltung sich hatten vorstellen können. Frau Dahmen bemühte sich, dem Publikum den „humanen touch“ ihrer Behörde zu versichern, in dem sie von der Aufenthaltsverfestigung einer Familie aus dem Kirchenasyl berichtete. Auch Herr Granitzka schilderte am Beispiel der Unterstützung für zwei türkische Jugendliche, die ihren Aufenthalt verloren hatten, dass er in besonderen Notfällen durchaus auch für unkonventionelle Hilfe zu haben ist.

Da Claus-Ulrich Prölb und Reinhart Hocker aus ihrer Beratungspraxis bestäti-

ne Lösung für sog. „Härtefälle“ getan wurde, ist ein Erfolg.

Kritisch bleibt allerdings anzumerken, wie leichtfertig und populistisch auch von Unterstützern der Flüchtlinge mit dem Phänomen Kriminalität umgegangen wird. Pfarrer Decker hatte sich beispielsweise über die Kriminalität der Schleuser erregt. Tatsache ist, dass diese Menschen vor dem Fall der Mauer Fluchthelfer hießen, hochangesehen waren und sogar polizeiliche und geheimdienstliche Unterstützung erhielten. Ohne die immer perfekter werdende Abschottung Europas



gen konnten, dass es diese humanitären Lösungen in Einzelfällen immer mal wieder gegeben hat, war die Frage zum Thema geworden, wie man wenigstens diese Form der Hilfe aus ihrer Zufälligkeit und Abhängigkeit von bestimmten Personen befreien und institutionalisieren könnte. Das Stichwort „Kölner Härtefallkommission“ tauchte auf und Isabel Schayani konnte allen Politikerinnen und Politikern auf dem Podium eine Zustimmung zur Einrichtung einer solchen Kommission entlocken.

Gewonnen wäre damit zweierlei: die Zahl der über diese Schiene möglichen Aufenthaltsverfestigungen könnte gesteigert werden und die Kölner Ratsfrauen und -herren könnten sich durch die Vielzahl der Fälle, mit denen sie dann konfrontiert werden, noch mal neu überlegen, ob es nicht doch richtig ist, auf strukturelle humanitäre Bleiberechtsregelungen zu setzen. Dass diese für die Stadt auch noch billiger sind, wurde betont.

Bilanz: dass so engagiert miteinander diskutiert werden konnte und ein Schritt in Richtung auf eine gemeinsam getrage-

wäre dieser „Berufsstand“ längst ausgestorben. Er ist zwar nicht vom Staat gewollt, aber zweifellos von ihm produziert.

Das zweite wichtige Thema, für das sicher mindestens ein weiterer eigener Diskussionsabend notwendig ist, sind die Roma. Wenn Köln die hier lebenden Roma – und ich spreche auch von denen, deren Kinder eine Klau-Karriere eingeschlagen haben, nachdem ihnen die Schulkarriere jahrelang verschlossen war – abgeschoben werden sollten, wo sollen sie denn hin? Leider ist diese Frage vom Podium nicht beantwortet worden.

Eine von der VW-Stiftung in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie hat jedenfalls ganz eindeutig festgestellt: die armen südosteuropäischen Länder sind nicht in der Lage, die über Jahrhunderte andauernde Diskriminierung und Verfolgung der Roma allein aus eigenen Kräften zu überwinden. Ohne direkte Hilfe und auch direkte Übernahme von Verantwortung der westeuropäischen Städte und Gemeinden ist das nicht zu machen.

Klaus Jünschke  
Köln, den 22. Juni 2005

# Wo sind Sunica und Jovica?

KÖLN. Eltern und Kinder der Gemeinschaftsgrundschule Dellbrücker Hauptstraße luden am Freitag, 8.7. die Presse zu einem Besuch bei Frau Dahmen, der Leiterin der Kölner Ausländerbehörde, ein. Sie wollten, dass Frau Dahmen erklärt, wo ihre Freunde Sunica (10) und Jovica (6) geblieben sind! Die hatte nichts Besseres zu tun, als Polizei zu holen und auf dem Flur und im Saal zu positionieren, als ob von Grundschulkindern eine Gefährdung ausgehen könnte.

Am 14.6. 2005 morgens blieben die Plätze von Sunica und Jovica in der Schule leer. Auch am folgenden Mor-

Die Familie war im Jahr 2000 aus dem Grenzgebiet zum Serbien/Kosovo geflüchtet, weil die Angriffe und Anschläge der dort vom Kosovo aus operierenden UCK immer bedrohlicher wurde. Bereits 1999 waren sie Bombardements der Nato-Flieger ausgesetzt.

Sie wollten jetzt nicht auch noch dasselbe Schicksal wie ihre Verwandten jenseits der Grenze im Kosovo erleiden, die in brutalen Pogromen zu Tausenden verfolgt und vertrieben wurden.

Die Familie lebt seit 5 Jahren in Köln, der jüngste Sohn (3) wurde hier geboren. Der Vater Herr Selistarevic befindet sich seit Jahren in psychologischer Behandlung. Er leidet an einer posttraumatischen Belastungsstörung, die nach Aussagen des behandelnden Arztes, Folge seiner Kriegserlebnisse ist.

Die Familie ist ein Musterbeispiel an Integrationsbereitschaft: Die älteren Kinder besuchen regelmäßig und mit großem Erfolg die Schule. Sie sind sehr beliebt, haben viele Freundinnen und Freunde. Sie sprechen perfekt Deutsch und nehmen an der „sozialen Gruppenarbeit für Romakinder“ der Stadt Köln teil. Dort sind sie für viele andere Roma-

kinder ein Vorbild. Die Familie ist nie in irgendeiner Weise negativ aufgefallen. Sie ist mit deutschen Nachbarn befreundet. Deswegen setzen sich MitschülerInnen, LehrerInnen und Eltern jetzt auch massiv für sie ein. Es gibt bereits eine große Unterschriftensammlung für die Familie sowie Wand-Zeitungen, die über das Schicksal der Familie informieren.

Lehrer, Eltern und MitschülerInnen sind entsetzt über das rabiate Vorgehen der Kölner Ausländerbehörde gegen die Familie. Sie erwarten, dass die Familie umgehend wieder nach Köln zurückkehren kann und hier endlich Bleiberecht erhält. Eine befriedigende Antwort erhielten sie bei ihrer Aktion nicht. „Wir dürfen nicht auf individuelle Fälle eingehen,“ so die lapidare Antwort der Behörde.

Weitere Nachfragen:  
Rom e.V. 0221 / 242536 ■



gen kamen sie nicht. Die MitschülerInnen und LehrerInnen machten sich Sorgen, weil die Beiden noch nie unentschuldigt gefehlt hatten, auch zu Hause waren sie nicht anzutreffen. Recherchen der Eltern ergaben, dass die Familie ohne Vorankündigung am 14.6. frühmorgens um 6 Uhr aus dem Betten geholt worden war, um sie nach Serbien abzuschieben. Die Familie wollte am selben Tag zur Ausländerbehörde, um ihre Duldung zu verlängern.

Auf Anraten ihres Anwaltes stellten sie als letztes rechtliches Mittel einen Asylantrag, um die unmittelbar bevorstehende Abschiebung zu verhindern. Die Familie wurde dann im Rahmen des Umverteilungsverfahrens für Asylbewerber von Beamten der Stadt Köln nach Karlsruhe gebracht, wo sie noch heute sind und auf die Ablehnung ihres Asylantrags und auf die unmittelbar folgende Abschiebung wartet.

## Der BRD-Staat tut Unrecht

MÜNCHEN. Die mit der folgenden Pressemeldung dokumentierte Geschichte einer Abschiebung wirft nicht nur die Frage auf, was aus einem Staat werden will, der das ihm übertragene Gewaltmonopol zu solchen Zwecken missbraucht. Wovor sollen Beamte noch zurückschrecken, die solche Taten begehen? Schweres Unrecht wird zur Routine. Die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements ist gefordert.

### Frau soll aus der Psychiatrie heraus abgeschoben werden

Nachdem am 29.6. eine Petition für die Familie Avdija, Angehörige der Ashkali-Minderheit aus dem Kosovo, vom Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags abgelehnt worden ist, soll die Abschiebung nun offensichtlich mit aller Macht vollzogen werden. Am Nachmittag hatte die Ehefrau und Mutter von vier Kindern einen erneuten Suizidversuch unternommen und war wieder ins Bezirkskrankenhaus Erlangen eingewiesen worden, aus dem man sie erst am Montag mit starken Beruhigungsmitteln entlassen hatte. Die Abschiebung, die vom Leiter der Zentralen Rückführungsstelle (ZRS) Nordbayern, Herrn Peter Meißner, schon vor der Entscheidung im Petitionsausschuss auf morgen früh, 8:50 Uhr angesetzt worden war, soll nun wohl trotz allem durchgesetzt werden. Der Versuch der ZRS, den Vater der Familie alleine abzuschieben, war vergangene Woche erst im letzten Augenblick verhindert worden. Jetzt sollen Vater und Kinder getrennt von der Mutter zum Münchner Flughafen gebracht werden, Frau Avdija soll mit ausreichend Begleitpersonal in einem eigenen Transport zum Flugzeug gebracht werden, direkt aus der Psychiatrie. Eine Überprüfung der Reisefähigkeit von Frau Avdija wird von der ZRS abgelehnt, nachdem ein Attest der behandelnden Ärztin eine Abschiebung unter hohen Sicherheitsvorkehrungen für möglich erachtet hatte.

Der Bayerische Flüchtlingsrat sieht das Bezirkskrankenhaus in der Pflicht, sich nicht den Abschiebeinteressen einer offensichtlich rücksichtslosen Behörde anzupassen und vordringlich alles zu tun, was zur Gesundheit Frau Avdijas beiträgt. Die Abschiebung einer nach der eigenen Einschätzung der Klinik psychisch stark angegriffenen Frau zu gestatten, ist in unseren Augen mit medizinethischen Grundsätzen nicht vereinbar. Auch der Deutsche Ärztetag hat beschlossen, dass eine reine Prüfung der Flugtauglichkeit ärztlich nicht vertretbar ist. Den bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein fordern wir auf verbindlich zu klären, dass eine Weiterbehandlung von Frau Avdija im Zielstaat Slowenien gesichert ist und bis dahin jeden Abschiebeversuch auch einzelner Familienmitglieder auszusetzen. Es ist weder mit menschenrechtlichen noch mit christlichen Grundsätzen zu vereinbaren, dass sich eine Behörde derart rigoros über die Gesundheit einer Frau und das Wohl einer Familie hinwegsetzt.

PM Stephan Dinnwald, Sprecher  
Bayerischer Flüchtlingsrat; Erwin Bartsch,  
Gemeindepädagoge Zirndorf ■



## Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

... ist das Motto des 1. Sozialforums in Deutschland vom 21. bis 24. Juli in Erfurt. Die Diskussion wird sich in vielfältiger Form um Arbeitswelt und Menschenwürde, Menschenrechte und politische Teilhabe, Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt, eine lebenswerte Welt – anders leben! – drehen. Kulturbeiträge sorgen für die richtige Würze.

Initiativen und Einzelpersonen aus sehr unterschiedlichen Spektren – von christlichen Initiativen, der Ökologiebewegung, Dritte-Welt-Projekten über Anti-Hartz-Netzwerke, Arbeitslosenorganisationen und Gewerkschaften bis hin zu feministischen Gruppen, Flüchtlinge- und MigrantInneninitiativen, „Autonomen“ ... haben Veranstaltungen angemeldet und freuen sich auf einen Austausch, den sie in ihrem Alltag viel zu selten führen können.

In den letzten beiden Jahren hat es in Deutschland viel Bewegung gegeben:

Kaum sind die offiziellen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Zweiten Weltkriegs beendet, überzieht die Bundeswehr anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens die Republik mit einer ganzen Reihe öffentlicher Veranstaltungen. So will die Bundeswehr am 21. September auf dem Roncalliplatz in Köln einen „Großen Zapfenstreich und möglicherweise auch ein „öffentliches Gelöbnis“ durchführen. Mit dieser öffentlichen Propagandaveranstaltung, soll der Anspruch des deutschen Militärs, wieder selbstverständliche und traditionell gewichtige Institution der Berliner Republik zu sein, demonstriert werden

Ein breites Bündnis ruft dazu auf, diese Demonstration deutschen Militarismus mit vielfältigen Aktionen kritisch zu begleiten. Obwohl das Gelöbnis auch noch ausgerechnet am Weltfriedenstag stattfinden soll, sah sich die Ratsmehrheit von CDU/SPD/FDP nicht veranlasst, die Bundeswehr aufs Kasernengelände zu verweisen. Der Roncalliplatz wird am 21. September Aufmarschplatz für die Truppe. Wir dokumentieren aus der Rede, die Jörg Detjen für die PDS OL dazu am 5.7. im Stadtrat hielt:

„In der 60-jährigen Geschichte der Bundeswehr wurden die wunderlichsten Begründungen für öffentliche Gelöbnisse und

Massenproteste gegen Hartz IV, Studierendestreiks, Arbeitsniederlegungen gegen Produktionsverlagerungen und Arbeitszeitverlängerungen, ganz zu schweigen von zahlreichen örtlichen Konflikten um die Privatisierung von Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben u.v.m.

Die Erfolge waren gering, die Kämpfe blieben zersplittert, obwohl sie sich doch alle nur gegen verschiedene Auswirkungen derselben Strategie richten: auf dem Weltmarkt zu konkurrieren auf Kosten der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Frauen, der MigrantInnen und anderer nicht Kapital besitzender Teile der Bevölkerung.

Das Sozialforum will deshalb einen Ort bieten, die einzelnen Erfahrungen zusammenzuführen und miteinander über wirksame Veränderungen nachzudenken. Es wird auch eine Gelegenheit bieten, über eine Strategie mit breit getragenen gemeinsamen Forderungen nachzudenken und mit Aktionsvorschlägen neue Impulse für außerparlamentarischen Widerstand zu geben.

### Was erwartet euch in Erfurt?

Am Donnerstagabend eine Eröffnungsveranstaltung mit Gästen aus Brasilien (vom Weltsocialforum) und Griechenland (vom Europäischen Sozialforum) sowie zahlreichen Kulturbeiträgen.

Am Freitag und Samstag Seminare und Workshops im 2-Stunden-Takt Die Themen sind in vier Schwerpunkte gegliedert:

- Arbeitswelt und Menschenwürde
- Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt
- Menschenrechte und politische Teilhabe
- Eine lebenswerte Welt - anders leben
- Es gibt einen eignen FrauenRaum und ein Open-Space „Sozialforum von unten“.
- Bewegung gegen Agenda 2010: das kommunale Kino zeigt die Filmreihe des Sozialforums, Musikbeiträge
- Am Samstagabend, ab 20.00 Uhr Konzert am Domplatz
- Am Samstagmittag ab 14.00 Uhr Demonstration durch Erfurt
- Am Sonntagvormittag ab 11 Uhr Versammlung der sozialen Bewegungen. Hier werden eine Abschlusserklärung und praktische Initiativen für die nächste Zeit vorgestellt.

### www.sozialforum2005.de

Sozialforum in Deutschland – c/o Jugendbüro Filler, Schillerstraße 44, 99096 Erfurt  
Tel: 0361/211 72 41, Fax: 0361/211 72 40,  
Email: info@sozialforum2005.de. Der Teilnahmebeitrag beträgt pro Person 50,00 Euro bzw. 20,00 Euro für Menschen mit geringem Einkommen. – Im Teilnahmebeitrag sind enthalten die Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel sowie Übernachtung in Turnhallen und auf öffentlichen Zeltplätzen. – Der Teilnahmebeitrag für einen Tag beträgt 10,00 Euro bzw. 3,00 Euro für Menschen mit geringem Einkommen (ohne Übernachtung und ohne Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel).

## Kein Militärspektakel in Köln!

martialisches Auftritte gefunden. Im vergangenen Jahr begründete der Heeresinspekteur Generalmajor Budde wie folgt: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“, ( der) „fern der Heimat bei dieser Art Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“ (Welt am Sonntag, 2.2.2004)

Diese „archaischen Kämpfer“ sollen nun nah der Heimat, in Köln, am 21. September ein Gelöbnis ablegen. Anschließend soll noch ein Zapfenstreich stattfinden. An all diesen Feierlichkeiten werden Sie, Herr Oberbürgermeister Schramma, teilnehmen. Was hat Sie eigentlich geritten, Ihre Teilnahme an diesem militaristischen Aufzug zuzusagen? Freiwillig zur Bundeswehr hatten Sie sich als junger Mann auf jeden Fall nicht gemeldet. Sie hatten diese Feier mit der Heereskommandantur und dem Verteidigungsministerium für den 22. September geplant. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hatte unter Protest der PDS Offenen Liste und der Grünen den Roncalliplatz zur Verfügung gestellt. Dann hat die Bundeswehr die Feier auf den 21. September vorverlegt und Sie dabei gelinkt: Der 21. September

ist der Weltfriedenstag. In der UN-Resolution 55/282 heißt es in Punkt 2.: An diesem Tag soll „weltweit Waffenruhe und Gewaltlosigkeit herrschen und für dessen Dauer sind alle Nationen und Völker aufgerufen, die Feindseligkeiten einzustellen.“ Im Punkt 3. wird hervorgehoben, dass dieser Tag in angemessener Form zur Erziehung zum Frieden genutzt werden soll und dass er die Vereinten Nationen in ihren Bemühungen zur weltweiten Waffenruhe unterstützen soll.

Herr Oberbürgermeister, seit 50 Jahren hat es in Köln kein öffentliches Gelöbnis gegeben. Es wird den Kölnerinnen und Kölnern schon viel zugemutet, wenn Kardinal Meissner jedes Jahr im Rahmen des Soldatengottesdienstes im Kölner Dom Armeeingehörige verschiedener Nationen segnet. Bei dem Gelöbnis und dem Zapfenstreich geht es allerdings noch martialischer und preußischer zu, wenn die „High-Tech-Krieger“ antreten, die vielleicht bald ihren Dienst am Hindukusch absolvieren werden. Deshalb meine Damen und Herren, schicken wir keine jungen Menschen von Köln aus in Kriegsgebiete. Stimmen Sie unserem Antrag (auf Ablehnung des Gelöbnisses) zu.“ ■

# DISS-Archiv erweitert Bestand

Das Frankfurter Institut für Sozialforschung, das durch die Arbeiten von Theodor Adorno und Max Horkheimer in Deutschland geprägt wurde, hat dem DISS eine umfangreiche Sachspende zukommen lassen, mit der es sein bisheriges Archiv zur extremen Rechten erheblich erweitern konnte.

Diese Erweiterung umfasst vor allem den Zeitraum seit Beginn der 60er Jahre bis zum Beginn des Aufbaus des DISS-Archivs Anfang der 80er Jahre. Damit verfügt das Institut nun über ein chronologisch dichtes Gesamtarchiv zur extremen Rechten in Deutschland, sowie über wichtige Materialien aus dem frankophonen Bereich.

Dieser Archivbestand ist in der Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik einmalig und nicht nur für die Forschung, sondern auch für die politische Arbeit gegen Rechts ausgesprochen ertragreich. Denn diese Gefahr von Rechts wird oft unterschätzt. Auch intellektuell.

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hat es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, die kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Praxis der extremen Rechten zu fördern. Denn ein solches Vorhaben kann nur langfristig und unabhängig von Medienkonjunkturen angegangen werden.

Seit nunmehr fast 20 Jahren archiviert das DISS Zeitungen, Zeitschriften und Buchpublikationen der extremen Rechten und nutzt sie als empirische Basis für wissenschaftliche Untersuchungen.

Umfang und Vielfalt dieser rechten Publizistik sind wesentlich größer, als man glaubt. Es handelt sich dabei zwar

im Prinzip um frei zugängliche Quellen. Man erhält sie am Kiosk oder im Abonnement, im Buchhandel oder per Versand. Aber das nutzt dem interessierten Wissenschaftler oder Journalisten wenig, da diese Quellen an den deutschen Universitäten nirgendwo langfristig und systematisch archiviert werden.

Durch die Sachspende des Frankfurter Instituts für Sozialforschung kann das DISS nunmehr ein Zeitschriftenarchiv von derzeit insgesamt knapp 1000 Titeln und etwa 70 Regalmeter vorweisen. Darüber hinaus verfügt es über eine Bibliothek mit Primär- und Sekundärquellen (Bücher und Broschüren aus der Zeit vor und nach 1945) Zum weiteren Ausbau dieser Bestände nimmt das DISS gerne Sachspenden, auch in Form von kompletten Nachlässen, entgegen.

Das DISS nutzt dieses Archiv nicht nur als Grundlage seiner eigenen Forschung, sondern stellt es – nach Absprache – auch externen Wissenschaftlerinnen zur Verfügung. Zu diesem Zweck wird die Publikation eines umfangreichen Auszuges aus der Bestandsliste des Archivs im Internet vorbereitet. Darüber hinaus kann das Archiv auch für journalistische Recherchen genutzt werden.

PM DISS, 28.6.2005 ■



**Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung**  
**Siegstr. 15, 47051 Duisburg**  
**Tel. 0203-20249**  
**Fax 0203-287881**  
**email: info@diss-duisburg.de**

## Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.  
 email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>  
 Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach  
 Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.  
 Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.  
 Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Am 2. August jährt sich die Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens zum 60. Mal. Das BdV-Blatt „Deutscher Ostdienst“ (DOD) erinnert anlässlich des Jubiläums an einen Vortrag, den der 1997 verstorbene Jurist Otto Kimminich vor zehn Jahren gehalten hat. Kimminichs „Bewertungen des Potsdamer Protokolls“ seien nach wie vor „aktuell“, schreibt der DOD. In ihrer Juni-Ausgabe druckt die Zeitschrift Auszüge aus dem Vortrag ab.

Das Potsdamer Abkommen, heißt es in Kimminichs Vortragstext, sei „kein völkerrechtlicher Vertrag (...), sondern nur das Schlußkommuniqué einer Konferenz von drei Mächten“. Es hätten also „dadurch keine Pflichten dritter Staaten entstehen“ können. Zwar sei „die Lage“ im Hinblick auf Deutschland komplizierter, „denn die Konferenzmächte waren ja zugleich Besatzungsmächte in Deutschland“. Allerdings, so Kimminich: „(I)hre Besatzungsgewalt leitete sich nicht aus dem Potsdamer Abkommen ab, sondern aus dem allgemeinen Völkerrecht und war durch dieses begrenzt.“

Das betreffe insbesondere die Umsiedlung der Deutschen, die in Artikel XIII des Abkommens beschlossen wurde, behauptet Kimminich. Denn der Bevölkerungstransfer sei eindeutig illegal gewesen: „Bezüglich der Vertreibungsfrage wäre im Rahmen des Besatzungsrechts das bereits in der Haager Landkriegsordnung zum Ausdruck gekommene Deportationsverbot zu berücksichtigen“. Schon bald nach Kriegsende hätten prominente Juristen denn auch die Auffassung vertreten, „dass die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen völkerrechtswidrig sind“.

Nach dieser Revisionsthese geht Kimminich zu wüsten Beschimpfungen der östlichen Nachbarstaaten über. In den „Vertreiberstaaten“ habe die Umsiedlung offenbar „mentale Wirkungen erzeugt“, die „nicht durch Grenzanerkennungen, Bekenntnisse zum Gewaltverbot und zur Versöhnung, Hilfsbereitschaft und Milliardeninvestitionen zu verändern“ seien. Abschließend urteilt der deutsche Jurist, dessen Lehrbuch „Einführung in das Völkerrecht“ in einer populären Taschenbuchreihe erschienen ist und hohe Verbreitung erfährt: „Es sind Wirkungen, die das ethische Fundament der dort neu zu errichtenden Rechtsordnungen gefährden und damit die Zukunft Ost- und Mitteleuropas in düsterem Licht erscheinen lassen.“

jk (nach: DOD 6/2005) ■

### Europa der Vaterländer – EU zerschlagen und anderes neu gründen

Junge Freiheit Nr. 26/05 vom 24. Juni 2005

Nach dem Scheitern des EU-Gipfels kommentiert das Blatt: „Als Zukunftsmodell für den europäischen Kontinent taugt die Blairsche Freihandelszone so wenig wie die soziale Wärmestube à la Schröder oder Chirac – unverbindlich die eine, unbezahlbar die andere. Beide ignorieren die außenpolitische und geostategische Dimension Europas als Gegengewicht zum amerikanischen Unilateralismus. Mit neuerlichem Herumschrauben an den verkorksten bestehenden Strukturen und Weiterwursteln mit faulen Kompromissen ist es nicht getan. Europa muss neu gegründet werden: als Bund souveräner Nationalstaaten, die sich in außen-, handels- und sicherheitspolitischen Fragen eng abstimmen und ihren Mitgliederkreis so beschränken, dass sie nicht von Wohlstandsgefälle und sozialen Verwerfungen gelähmt werden. Dieses Zukunftskonzept scheinen selbst seine französischen Erfinder weithin vergessen zu haben: das Europa der Vaterländer.“

JF-Schreiber *Peter Lattas* umschreibt damit das alte neonazistische Konzept vom „Europa der Nationen“, dem die Vorstellung nationaler Volksgemeinschaften zugrunde liegt.

In derselben Ausgabe weist *Bernd-Thomas Ramb* darauf hin, dass Bundespräsident Köhler die Zustimmung zur EU-Verfassung noch nicht unterschrieben hat, sondern abwartet, welches Ergebnis die Klage von CSU-Gauweiler vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat erzielt.

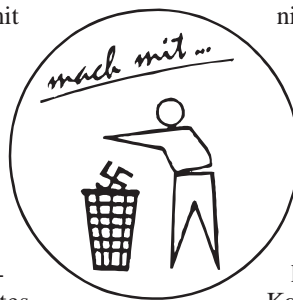
### JF gewinnt beim Bundesverfassungsgericht

Junge Freiheit Nr. 27/05 vom 1. Juli 2005

Am 28. Juni gab das Bundesverfassungsgericht einer Klage des Blattes gegen die Beobachtung durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz statt. Das Gericht hob die Urteile des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts auf und verwies die Sache zurück an das Verwaltungsgericht, im Wesentlichen deshalb, weil die als Begründung angeführten Artikel nicht von Verlag oder der Redaktion verfasst seien, sondern von anderen Autoren. Damit sei nicht automatisch das Blatt auch verfassungsfeindlich. Chefredakteur *Dieter Stein* erklärt zum Urteil: „Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes bedeutet einen riesigen

Triumph nicht nur für die Junge Freiheit, sondern für die Pressefreiheit insgesamt in Deutschland. Die Machtarroganz des NRW-Verfassungsschutzes, der als verfassungswidriges Kampfinstrument der 39 Jahre lang regierenden SPD missbraucht worden ist, stellt nur die Spitze des Eisberges einer die demokratische freiheitliche Gesellschaft in unverschämter und unerträglicher Weise domestizierende Political Correctness dar. Karlsruhe hat hier einen bitter notwendigen Warnschuss abgegeben.“

Wir sollten genau beobachten, wie die neue CDU/FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hierauf reagiert –



### Alexander von Stahl führte die Klage

Junge Freiheit Nr. 28/05 vom 8. Juli 2005

Der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der nach der Schießerei und dem Tod von Wolfgang Grams in Bad Kleinen seinen Hut nehmen musste, übernahm das Verfahren für das Blatt 2002 vom ehemaligen FDP-Vorsitzenden in Bayern und Gründer des rechten Bund freier Bürger, Manfred Brunner. Brunner hatte die erste Klage im Jahr 1996 eingereicht. Von Stahl ist nach wie vor FDP-Mitglied und will das Blatt auch weiter vertreten. Er ist sich jedoch nicht sicher, wie das Düsseldorfer Verwaltungsgericht entscheiden wird und würdigt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wie folgt: „Der Erste Senat hat entschieden, dass die Erwähnung einer Zeitung in einem Verfassungsschutzbericht ein rechtswidriger Eingriff sein kann. Das ist neu und kann sehr wohl auch als Abkehr bzw. Korrektur der bisher vom Verfassungsgericht vertretenen Auffassung in dieser Frage angesehen werden ... Die Maßstäbe, die das Verfassungsgericht für die Prüfung vorgibt, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist, sind nicht so einfach zu handhaben, wie ich es mir gewünscht hätte, aber ich bin sicher, dass auch das Verwaltungsgericht sich bewusst ist, dass nach dieser langen Verfahrensdauer weitere Verzögerungen für die JF und das Ansehen des Rechtsstaates nicht mehr tragbar sind.“ Ein ausführliche Würdigung des Urteils auch in den antifa-Nachrichten wäre wünschenswert.

uld ■

### Schulterschluss

Nationalzeitung 27 vom 1. Juli 2005 Der „Deutschland-Pakt“, so die NaZe, werde zur Bundestagswahl jetzt realisiert. So stellten die Delegierten des NPD-Landesverbandes Sachsen am 25. Juni eine 20-köpfige Liste auf, auf der auch DVU-Vertreter berücksichtigt wurden wie etwa das DVU-Bundesvorstandsmitglied Hans-Otto Weidenbach. Außerdem schickte die DVU Harald Neubauer (parteilos) ins Rennen, der zuvor beim „Freundeskreis der Nationalzeitung“ referiert hatte (siehe Naze 25-05) und sich für das Bündnis aller „Deutschgesinnten“ stark gemacht hatte. Da die 5%-Hürde schwer zu knacken sein wird, will man möglichst 3 Direktkandidaten durchbringen. Dabei gilt der Wahlkreis von Uwe Leichsenring in der Sächsischen Schweiz als besonders aussichtsreich.

u.b. ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

**Einzugsermächtigung:** Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name:

Adresse:

Konto-Nr. / BLZ

Genauere Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 - 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de  
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erscheinungsweise:  
14-täglich